

Gramma

INTERNACIONAL

HAVANNA
APRIL 1995Postvertriebsstück Y 9229
Entgelt bezahltJahrgang 30 Nummer 4
DM 2.50; Preis in Kuba 0.50 USD

US-Senator Helms gegen den Rest der Welt

- Weitere Verschärfung der Blockade geplant
- Ablehnung im In- und Ausland

SEITE 3

Minister für Außenhandel besucht die BRD

SEITE 9

Studium unter neuen Bedingungen

- FEU-Kongreß diskutiert Konsequenzen der gesellschaftlichen Umgestaltung für die Hochschulen und die Arbeitsplatzsituation

SEITE 3

Neue Perspektiven im Handel mit Rußland

SEITE 9

“Panamericanos” der Rekorde

- Kuba behauptet sich als Sportnation

SEITE 9

Bolivians Bauern fürchten um ihre Existenz

- Mit finanziellen Erpressungen und militärischen Drohungen wird der “big stick” erneut geschwungen

SEITE 14

Kamele in der Karibik

- Improvisationen kubanischer Ingenieure lösen das Transportproblem

SEITE 16

Granma

INTERNACIONAL

ZEITUNG AUS KUBA UND
LATEINAMERIKA

Deutsche
Ausgabe

Avenida General Suárez y
Territorial. Plaza de la
Revolución "José Martí",
Apartado Postal 6260,
La Habana 6, Cuba.
C.P. 10699 Telex: 0511 355 / 0511 221
-0511 221. e-mail
granmai@tinored.cu
Fax: 53-7-33-5176
Tel: 816265 / 817443
Zentrale: 81-3333
App. 23 und 38

GENERALDIREKTOR
Jacinto Granda de Laserna

CHEFREDAKTEUR
Gabriel Molina Franchossi

STELLVERTRETER
Miguel Comellas Dopico

INFORMATIONSCHEF
Joaquín Oramas Roque

LEITER DER REDAKTION
Octavio Lavastida Martínez

PRODUKTIONSCHIEF
Ramón Robert Durán

TEAMCHEFS
Layout
Orlando Romero Fernández
Tel. 81-6021

Deutsche Ausgabe
Hans-Werner Richert
Tel. 81-6021

Englische Ausgabe
Mercedes Guillot
Tel. 81-6054

Französische Ausgabe
Frédéric Woungly-Massaga
Tel. 81-6134

Portugiesische Ausgabe
Miguel Angel Alvarez
Tel. 81-6054

Vertrieb und Abonnements
Miguel Domínguez Hernández
Tel. 81-6321

Druck
Zeitungsverlag Granma,
Havanna, Cuba

NACHDRUCK

Argentinien

• LIBERARTE S.A.
Corrientes N° 1555.
CP. 1042
Buenos Aires, Argentina.
Telf. 40 7098 y 99

Mexiko

• EDITORIAL PUEBLO NUEVO
Avenida Río Magdalena
N° 101 Casa 17. México, D.F.
Telf. 550-0081

Brasilien

• COOPETATIVA DE TRABALHADORES EM
Serviços Editoriais e Noticiosos Ltda.
Rua Regente Feijó, 49 - 2º andar
CEP 20.060-060 Rio de Janeiro
Tel. (021) 242-3430 Fax (021) 242-1320

• EDITORIAL EDIGRAFF
Rua Liberato Barroso N° 1093
Fortaleza, Ceará, Brasil.
Telf. 221-1623

Bundesrepublik

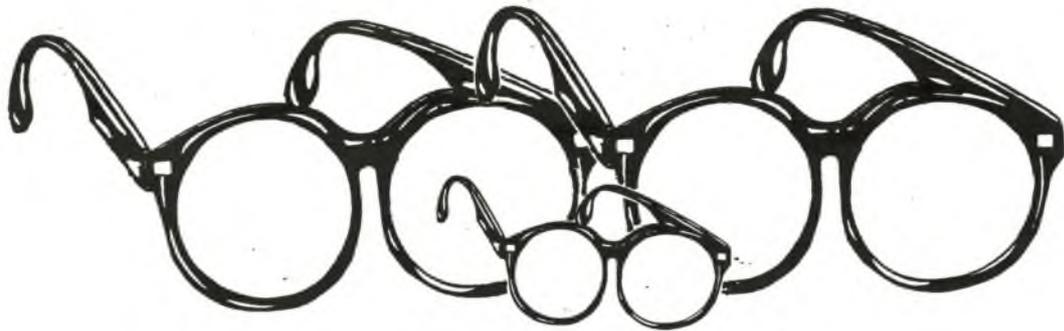
Deutschland

• TRIBÜNE DRUCK GMBH
Am Treptower Park 28-30
12435 Berlin

Kanada

• ANPO
P.O. Box 91005
Effort Square Postal Outlet
Hamilton, Ontario, Canada L8N 2C3
Tel./Fax: 905-527-0070

ISSN 0864-4624



BARBARA AVENDAÑO PÉREZ
- Tribuna de La Habana

• DIE unangenehme Lage von Personen, die eine Brille brauchen und oft keine bekommen können, weil es keine Gläser oder nicht das richtige Brillengestell gibt, ohne dabei große Ansprüche an Schönheit oder Exklusivität zu stellen; und die Erfahrung anderer, die den Verhaltensweisen der Angestellten in den Optikläden zum Opfer fallen, veranlassen zu dem nachfolgenden Gespräch mit für diesen Bereich zuständigen Vertretern des Ministeriums für Gesundheit (MINSAP) und der Provinz Havanna-Stadt.

Zu Beginn der 80er Jahre machte die optische Industrie eine Krise durch. Die kubanische Regierung gab daraufhin sechs Millionen Dollar aus, um diesen Bereich zu fördern und zu entwickeln. Es wurden High-Tech Geräte angeschafft, die Produktionsstätten umgerüstet und klimatisiert, für einige Werkstätten wurden neue Maschinen gekauft, das Unternehmen für optische Artikel nahm seine Arbeit auf und die Fabrik für Brillengestelle in Placetas wurde erweitert. So konnten täglich 50.000 unerledigte Bestellungen aufgearbeitet werden. Doch dieser Aufschwung begann bereits 1988 abzuklingen.

1989 und 1990 reduzierten sich die Importe bei geschliffenen Brillengläsern, Ersatzteilen und Verbrauchsmaterialien. Die Fabrik für Brillengestelle El Cano mit einer Jahreskapazität von 550.000 erreichte nie diese Produktionszahlen.

Träger der Produktion waren vor allem die Werkstätten in den Provinzen, die ständig unter Personalwechsel, Stillstand der alten und neuen Maschinen aus Mangel an Ersatzteilen, der ungenügenden Zulieferung von geschliffenen und halbgeschliffenen Brillengläsern und der fehlenden Motivation und Weiterbildung der Arbeiter litten. Eine weitere Behinderung stellten Diebstähle und andere Delikte dar, für die im letzten Jahr insgesamt 52 Arbeiter belangt wurden.

- Können Sie bestätigen, daß die Blockade der bestimmende Faktor für die gegenwärtige Situation ist?

- Die Blockade und die ökonomische Lage des Landes haben zur Verarmung des Systems geführt; ebenso hat der Devisenmangel dazu beigetragen. Wir haben zwar unseren Bedarf immer im kapitalistischen Ausland gedeckt: in Kanada, Japan und Deutschland (Bifokale), Italien (Material für die Herstellung von Gestellen) und England (Maschinenausrüstungen), aber heute treffen uns die ständigen Preissteigerungen besonders.

Die Blockade führt vor allem in zwei Bereichen zu Mangelsituationen: erstens, bei den zentrierten Linsen für operierte Patienten, die wir von dem Unternehmen UKO in Kanada bezogen. UKO verkaufte seine Aktien an die US-Amerikaner

Ein Blick durch die Brille

• Ist die Blockade ausschlaggebend für die mangelnde optische Versorgung? • Was unternimmt das Ministerium für Gesundheit?

und diese verschlossen uns den Zugang. Als sie uns dann wieder kaufen ließen, hatten sie die Preise verdoppelt.

- Die zweite Gemeinheit spielte sich im Bereich der Ersatzteile für einen Typ von Schleifgeräten von Zylinderlinsen ab, der in Kuba hergestellt wird. Wir bezogen sie bei dem englischen Unternehmen Autoflow, das zum City Crown Konzern gehörte. An ihm waren die Nordamerikaner ebenfalls beteiligt. Sie erwarben dort die Aktienmehrheit und sorgten dafür, daß sich die Auslieferung der Ersatzteile für unser Land verzögerte. Schließlich verschwand die Firma ganz und wir blieben ohne Zulieferer.

Gäbe es die Ophthalmologie (Augenheilkunde) nicht, hätte die Optik keine Existenzberechtigung. Wir baten den Leiter der nationalen Gruppe für Ophthalmologie, Dr. Jaime Alemañy Martorell um seine Meinung zum Thema.

- In Kuba gab es bis zum Sieg der Revolution eine große Tradition auf dem Gebiet der Optik. Das war natürlich einfach, denn alles war Fertigware. Nur das Einsetzen der Gläser war noch zu erledigen, geschliffen wurde sehr wenig. 1961, mit dem Einsetzen der Blockade, standen wir sehr schlecht da. Wir hatten weder gut gefüllte Lager, noch hatten wir Dollar zum Investieren.

- 1983 wollte die Regierung den Bereich voran bringen und scheute dafür keine Mittel. Unser Berufszweig holte den Rückstand auf und 1985 waren wir schon führend in Lateinamerika.

- In der Ophthalmologie konnten wir den Standard halten, indem hier und da improvisiert wurde. Allerdings fehlt es an Verbrauchsmaterialien. In dem Bereich der Optik ist es schwieriger, hier fehlen die elementarsten Dinge.

- Was nützt es, wenn wir einen am grauen Star erkrankten Patienten operieren und ihm anschließend

nicht die entsprechenden Linsen geben können, die er braucht? Wie sollen wir einem stark Kurzsichtigen helfen, wenn wir die Plastiklinsen nicht haben, um seine Krankheit zu behandeln. Andererseits planen wir mit Argentinien weiche Kontaktlinsen zu produzieren, doch das Vorhaben kam nicht über die erste Phase hinaus.

In Kuba gibt es insgesamt 112 Optikgeschäfte und 46 Annahmestellen. Davon sind 24 Geschäfte und zwei Annahmestellen in Havanna. Zusätzlich gibt es dort zwei Schleifwerkstätten.

In Kuba ist das Problem der Augenkrankheiten nicht so groß wie beispielsweise in Japan, doch verglichen mit früheren Jahren hat die Häufigkeit der Sehschäden zugenommen.

- Was unternimmt das MINSAP angesichts der beschriebenen Situation?

- Im Ausland kostet eine geschliffene Linse 27 Dollar, hier, nachdem wir sie importiert haben, wird sie für zehn Peso verkauft. Wirtschaftlich gesehen handelt es sich damit nicht um einen rentablen Bereich, sondern einen, der vom Staat subventioniert wird.

- Das MINSAP prüft derzeit einen Plan, nachdem die wenigen vorhandenen Mittel denen zugute kommen sollen, die sie am dringendsten brauchen: Kinder, am grauen Star Operierte und Kurzsichtige. Im ersten Semester dieses Jahres wird eine Verbesserung der Versorgung erwartet. Mit der Volksrepublik China besteht ein Vertrag über eine größere Lieferung von bifokalen Linsen und geschliffenen Gläsern, sagt Alberto Zayas, Direktor des Unternehmens für medizinische und optische Mittel von Havanna.

- Trotz der schwierigen Umstände ist ein Gerät zum Preis von 350.000 Dollar ersetzt worden und in einer Schleifwerkstatt kann jetzt besser gearbeitet werden, weil es dort keine Stromabschaltungen mehr gibt. Zwischen Oktober des vergangenen Jahres und März wurden mit 30 Jugendlichen Qualifizierungskurse durchgeführt, in denen sie zu Verkäufern und Facharbeitern für den Schnitt und das Einsetzen der Gläser ausgebildet wurden.

Augenblicklich gibt es in Havanna etwa 6.000 unerledigte Brillenbestellungen. Darin sind solche noch nicht enthalten, die erst gar nicht angenommen werden, da sie kurz oder mittelfristig nicht erledigt werden können.

Die Anstrengungen, die unternommen werden, um diesen Bereich nachhaltig zu verbessern, werden anerkannt. Doch die Ergebnisse können den Bedarf noch nicht decken. Es ist notwendig, daß die Umsetzung des skizzierten Programmes dazu führt, die Defizite in Qualität und Versorgung zu beseitigen.



Reflexionen in Krisenzeiten

● Fidel nahm an den Debatten der Studenten im Palacio de las Convenciones teil

MARELYS VALENCIA ALMEIDA
- Granma Internacional /
FOTOS: ARNALDO SANTOS

● DIE kubanischen Studenten können trotz der schwierigen sozialen Lage ihres Landes optimistisch sein. Präsident Fidel Castro versicherte ihnen auf dem Abschlußplenum des V. Kongresses des Verbandes der Universitätsstudenten (FEU): "Wir werden alles mögliche



cherte ihnen auf dem Abschlußplenum des V. Kongresses des Verbandes der Universitätsstudenten (FEU): "Wir werden alles mögliche

und unmögliche unternehmen, um Lösungen für die Probleme der Studenten zu finden."

Fidel Castro interessierte sich sehr für die Sorgen der Studenten. Das bewiesen nicht nur seine Abschlußworte auf dem Kongreß, der vom 22. bis 25. März in Havanna stattfand, sondern ebenfalls seine Anwesenheit an den zwei Plenartagungen.

Auf dem Kongreß behandelten rund 500 kubanische Delegierte und 25 eingeladene ausländische Studenten Themen wie die Arbeitssituation von Absolventen; die kritische Bewertung der Studienpläne; die Betreuung der ausländischen Studenten und ihr Verhältnis zum Studentenverband; die Kulturarbeit an den Universitäten; die militärische Ausbildung; das Selbstverständnis und der repräsentative Charakter der FEU; die Rolle des Medizinstudenten im Gesundheitssystem u. a.

Ein Punkt der Diskussion war der Einsatz der Sprachstudenten nach Abschluß des Studiums. Die Inhalte ihres Studiums entsprechen häufig nicht den Ansprüchen der vorhandenen Arbeitsplätze. Das führt dazu, daß sie sich nicht selten unterfordert fühlen, z.B. wenn sie im Tourismus arbeiten. Dort werden sie in der Regel auf Positionen eingesetzt, die Abiturienten oder Fachschulabsolventen ausfüllen könnten.

Bei allem darf nicht vergessen werden, daß in Kuba die Bildungseinrichtungen jedem zugänglich sind.

Die wirtschaftliche Krise, die u.a. dazu zwingt, im ganzen Land Ar-

beitsplätze abzubauen, bringt auch Einschränkungen in diesem Bereich mit sich, denn nicht jeder, der heute ein Studium beginnt, wird den Arbeitsplatz bekommen können, den er sich wünscht oder der seinen Interessen entspricht. Fidel brachte das auf den Punkt: "Die Diskussion über die Stellenbesetzungen ist ein Produkt unserer Zeit".

Aufgrund dieser Situation wurde über die Möglichkeit diskutiert, die Qualifikationen breiter zu gestalten. Diese Notwendigkeit wurde vor allem von den Medizinstudenten unterstützt, die Wert darauf legten, daß das Programm der Familienärzte (Fachärzte für Allgemeinmedizin mit dem Schwerpunkt auf Prävention) weiterhin Priorität im kubanischen Gesundheitssystem haben müsse. Darauf aufbauend könne dann die Möglichkeit gegeben werden, anschließend je nach Bedarf der Gesellschaft, eine weitere Facharztausbildung anzuschließen.

Präsident Fidel Castro betonte zu diesem Thema in einem seiner Redebeiträge, daß wir gewisse Anpassungsprobleme und Umschulungsprozesse nicht werden umgehen können.

Auf der Schlußsitzung wurde der neu gewählte Vorstand der FEU vorgestellt, dessen Vorsitzender Alejandro Garcia aus Havanna ist. Der nächste Kongreß findet in vier Jahren statt.

Helms träumt von Dallas und der Schweinebucht

GABRIEL MOLINA

● DAS National Network on Cuba (NNC), ein Zusammenschluß von über siebzig Organisationen in den Vereinigten Staaten, bewertete die Erklärungen von Jesse Helms, Vorsitzender des Senatsausschusses für auswärtige Beziehungen, als "leichtfertige und explosive Drohungen" gegen die Präsidenten William Clinton und Fidel Castro.

Helms schroffer Ausspruch bei Vorlage seines Gesetzentwurfes: "Castro muß aus Kuba raus, ganz gleich, ob in horizontaler oder vertikaler Position ... aber er muß dort raus", wurde beim NNC gleichgesetzt mit dem Ausruf des Senators: "Unser eigener Präsident braucht einen Leibwächter, wenn er North Carolina besuchen will".

Als diese Sprüche nach Washington drangen, wurden bei den hier akkreditierten Diplomaten vorsichtige Erinnerungen an die Situation wach, die aufgrund polemischer Kampagnen in den USA kurz vor dem Mord an John F. Kennedy und den Mordversuchen der CIA an Fidel Castro geschaffen wurde.

Der Unterausschuß für Angelegenheiten der Hemisphäre beim Repräsentantenhaus hat den Entwurf dennoch mit sieben Stimmen dafür und keiner einzigen Gegenstimme angenommen. Im Mai wird er dem außenpolitischen Ausschuß vorgelegt.

Das NNC "lehnt die US-Wirtschaftsblockade gegen Kuba und diese neue Verschärfung ab und bezeichnet sie als a) eine Verletzung der Souveränität Kubas und anderer Nationen; b) der formulierten Außen- und Wirtschaftspolitik und dem freien Handel widersprechend; c) einen grausamen Versuch, das Leid des kuba-

nischen Volkes zu vergrößern und d) eine flagrante Mißachtung der drei aufeinanderfolgenden Abstimmungen der UN-Vollversammlung, nach denen die einseitige Wirtschaftsblockade der Vereinigten Staaten in vollem Umfang verurteilt wurde."

Leslie Gagan, Koordinator des NNC, fügte an, daß der Entwurf von Helms im direkten Gegensatz zur wachsenden Stimmung in der Öffentlichkeit, den Massenmedien und den US-amerikanischen und internationalen Handelsinteressen stehe. Statt dessen werde ein Ende der unmenschlichen und absurden Politik gefordert, die bereits 35 Jahre Kalten Krieges hervorgebracht habe und die Souveränität sowie die kommerziellen Rechte enger Verbündeter der USA wie Mexiko, Kanada und Großbritannien verletze.

Weiter sagte er, der Kongreß solle die Entwürfe der Repräsentanten Rangel und Serrano unterstützen, die die Blockade beenden und die Beziehungen normalisieren würden.

Aus dem State Departement war zu hören, man versuche den Entwurf abzuschwächen. Nach Unterstaatssekretär Alexander Watson sei die Regierung mit dem sogenannten Embargo einverstanden, um die kubanische Regierung umzustimmen, doch Helms' Initiative werde in Drittländern Reaktionen hervorrufen, in denen Unternehmer zu Investitionen in Kuba ermutigt werden. Die New York Times schrieb am gleichen Tag in ihrem Leitartikel, daß der Empfang für Präsident Fidel Castro in Frankreich "Beachtung durch Washington verdiene". Washington müsse die Richtung seiner Politik gegenüber der Antilleninsel ändern.

Ein drakonisches Gesetz

ULISES ESTRADA LESCAILLES - Granma Internacional

● AUS einigen Punkten des "Gesetzentwurfes über Freiheit und demokratische Solidarität in Kuba", den Jesse Helms und Dan Burton dem nordamerikanischen Kongreß vorlegten, geht klar dessen faschistischer Charakter hervor sowie seine verachtende Haltung gegenüber dem kubanischen Volk und seiner legitimen Rechte, als auch gegenüber der nationalen Souveränität von Drittländern. Einige der engsten Verbündeten der USA, wie die Europäische Union und Kanada, machten dazu in aller Öffentlichkeit deutlich, daß sie den Gesetzesentwurf in keiner Weise akzeptieren würden.

Das Gesetz, sollte es beschlossen werden,

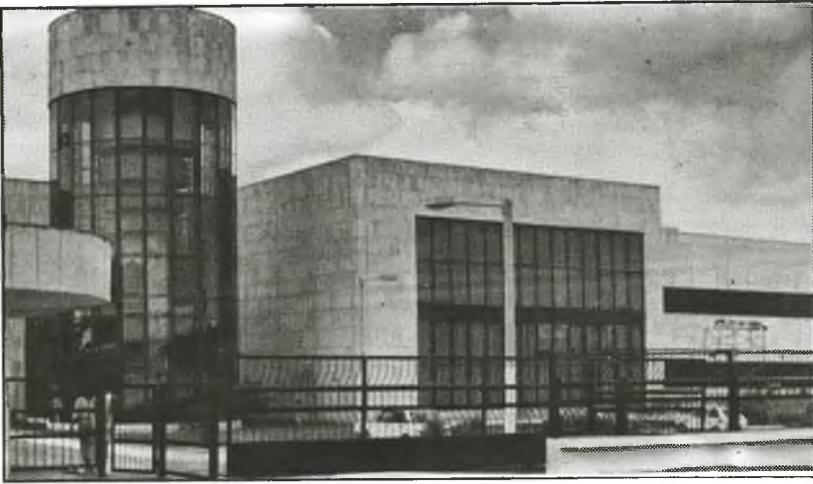
● verbietet den USA jeglichen Import von Waren, die Zucker- und Melassebestandteile enthalten, aus Ländern, die kubanischen Zucker einkaufen.

● reduziert die US-Hilfsgelder für alle Institutionen, die humanitäre Unterstützung für Kuba leisten; und zwar in der Höhe, die dem Wert der Hilfsleistungen entsprechen.

● verringert die US-Hilfe an Rußland um 200 Millionen Dollar, als Vergeltungsmaßnahme für die Beibehaltung des elektronischen Nachrichtenstützpunktes Lourdes auf Kuba.

● gibt US-amerikanischen Bürgern, deren Grundbesitz und Güter nach dem Sieg der Revolution beschlagnahmt wurden, die Möglichkeit, juristisch gegen jedes ausländische Unternehmen oder jede ausländische Person vorzugehen, die mit Kuba Geschäftsverbindungen unterhalten und dabei aus dem beschlagnahmten Besitztum Nutzen ziehen. Außerdem können diese ausländischen Bürger und ihre Familienangehörigen ggf. aus den USA ausgewiesen werden. Dieses Klagerecht wird auch US-Kubanern zugesprochen, die im Moment der Konfiszierung nicht im Besitz der US-Staatsbürgerschaft waren.

● sieht eine Erhöhung des US-Fonds auf eine nicht festgeschriebene Höhe vor, um die Übertragungen des vom US-Informationsdienstes (USIA) geleiteten Senders für antikubanische Propaganda, Radio Martí, aufrecht zu erhalten.



Neue Mittel für die Onkologie



● **Institut für Molekularimmunologie von Havanna gibt die Gewinnung von zwei weiteren Antikörpern für die Tumordiagnostik bekannt**

ELOY RODRIGUEZ - **Granma Internacional** / FOTOS: AHMED VELAZQUEZ

● ETWA sechs Jahre, nachdem Köhler und Milstein als uneigen-nützigen Dienst am Menschen ihre Studien publiziert hatten, begann ein kleiner Kreis kubanischer Wissenschaftler, an der Produktion von Hybriden und an der Gewinnung monoklonaler Antikörper zu arbeiten.

Schon 1989 registrierte man auf der Insel den ersten Erfolg auf diesem Spezialgebiet mit dem "ior t3", einem wirksamen Immunsuppressor, der bei Nierentransplantationen zum Einsatz kommt. Obwohl er nicht den ersten Erfolg auf diesem Gebiet darstellte, bahnte er für Kuba den Weg zu der kleinen Lobby der Nationen, die wissenschaftlich und technologisch in der Lage sind, monoklonale Antikörper zu gewinnen.

Das neu errichtete Institut für Molekularimmunologie (CIM) von Havanna, eine Investition von etwa 40 Millionen Dollar, gab vor kurzem die Registrierung der zwei neuen Antikörper "ior cea1" und "ior egf/r3" bekannt, die eine hohe Prä-

gnanz bei Lebend-Diagnosen karzinogener Tumore erreichen.

Da sich die gammagraphischen Immunkontrollen mit diesen Mitteln durch eine hohe Sensibilität auszeichnen, markieren sie wie ein Rotstift verschiedene Arten der Geschwulstbildung sowie deren Größe und mögliche Metastasen; im Falle des "cea1" liegt die Erfolgsquote bei 88,08 Prozent, und für das "egf" bei 90 Prozent.

Mit der Einführung dieser Medikamente, deren Unannehmlichkeiten sich auf eine Injektion beschränken, sind andere, sehr schmerzhaft Methoden wie die Biopsie und Ausschabungen nicht mehr notwendig.

Nach Meinung der Spezialisten sind die niedrigen Erfolgsquoten bei den neuen Produkten auf anfänglich unpräzise Diagnosen mit Markierungsmitteln zurückzuführen, die bei diesem Typ der Geschwulstbildung verwendet werden.

Nach wissenschaftlicher Beschreibung ist "ior cea1" ein monoklonaler Antikörper der Mäuse zur Identifizierung karzinoembryonaler Antigene, der sich an drüsenartiges Neoplasma anlagert, zum Beispiel an das des Magen-Darm-Traktes.

Das "ior egf/r3" gibt Aufschluß über die Existenz von Epitheltumoren wie die bei Brust- oder Lungenkrebs.

Wenn man davon ausgehend "egf" verabreicht, weil man einen Epitheltumor vermutet und dies dann doch nicht zutrifft, ist die Probe unwirksam.

Sowohl das "cea1" als auch das "egf" rufen praktisch nicht den sogenannten HAMA-Effekt (Human Antimouse Antibody) hervor, der in der Abwehr des menschlichen Organismus gegenüber dem Immunglobulin der Maus besteht, die in monoklonalen Antikörpern vorhanden sind. Daher ist es möglich, die Probe zu wiederholen.

Obwohl ähnliche Substanzen in anderen Ländern existieren, gibt es im Falle des "egf" nur wenige Nationen, die dieses Produkt herstellen. "Weltweit sind es vielleicht gerade drei Vertriebsfirmen", versichert Dr. Rafael Magadán vom CIM.

Auch wenn er nicht mehr Informationen geben will, "um keine Verbindlichkeiten und falsche Erwartungen heraufzubeschwören", bestätigte Dr. Magadán a priori, daß andere Anwendungen des "ior egf/r3" und des "ior cea1" erforscht werden, speziell auf dem Gebiet der Behandlung.

Abgesehen von Forschungsarbeiten zur Suche nach neuen Antigenen, monoklonalen Antikörpern für die Behandlung von Krebs und Störungen des Immunsystems, arbeitet das CIM an der Produktion von Molekularimpfstoffen sowie an Technologien, deren geringe Kosten umfangreiche Untersuchungen verschiedener Krankheiten rechtfertigen.

Ein solcher Fall ist die optische Mikroskopie als Alternative zur Fluoreszenzmethode, einer in der AIDS-Forschung angewandten sehr teuren Technik.

Gegenwärtig erhält die Produktionsstätte der Molekularimmunologie den letzten Schliff, bevor sie in Kürze in Betrieb genommen wird und sich den internationalen Inspektionen unterzieht, die prüfen, ob den Anforderungen der strengen Normen der Europäischen Gemeinschaft und der Food and Drug Administration der USA entsprochen wird.

Man erwartet, daß das Institut in Havanna einen Platz unter den wenigen Einrichtungen einnehmen wird, die Forschung, Entwicklung und Produktion von Monoklonalen betreiben. Die kubanische Biotechnologie wird damit ein weiteres Angebot für Verträge mit produktivem Charakter in der Hand haben.



Chirurgische Eingriffe lindern Symptome der Parkinsonschen Krankheit

● **Einhellige Meinung von Spezialisten aus elf Ländern**

JOSÉ A. DE LA OSA
- für **Granma Internacional**

● **VARADERO.** - Weltweit anerkannte Spezialisten aus elf Ländern trafen sich im Hotel Mella-Varadero, um die realen Chancen einer chirurgischen Behandlung der Parkinsonschen Krankheit zu analysieren sowie die Grundlage für deren weitere Verbesserung zu schaffen.

Dr. Julián Alvarez, Direktor des Internationalen Instituts für Neurologische Behandlung (CIREN), bestätigte, die Experten seien sich einig, daß durch chirurgische Eingriffe bei den schwersten Invaliditätssymptomen der Parkinsonschen Krankheit wie Zittern, Lähmungserscheinungen und Versteifungen der Gliedmaßen eine substantielle Verbesserung erreicht werden könne.

Der dreitägige Workshop zeichnete sich durch hohes wissenschaftliches Niveau aus und ermöglichte die Erarbeitung von internationalen Forschungsvorhaben, an denen verschiedene Institute sich beteiligen werden.

Julián Alvarez hob hervor, daß seit März 1992 im CIREN 95 Patienten behandelt worden seien: darunter 25 Neurotransplantationen (die weltweit höchste Zahl), 49 Thalamotomien (gegenseitige Zerstörung der internen Thalamuskern bei manisch-depressiven Stadien) und 23 Pallidotomien (Ausschaltung des Pallidiums). Die Eingriffe seien dazu bestimmt, übermäßiges Zittern oder Versteifungen der Gliedmaßen zu beseitigen, die für diese Kranken charakteristisch seien, ohne daß die eine Methode die andere ausschließe.

Eine andere fortgeschrittene Technik, die Neuromodulation, besteht in der elektrischen Stimulierung tieferer Hirnbereiche. Die mögliche Einführung dieser Methode im CIREN wird gegenwärtig untersucht.

Der spanische Wissenschaftler Dr. José A. Obeso, Teilnehmer am Workshop, meinte, daß die Erforschung der Parkinsonschen Krankheit schneller voranschreite als die Erkrankung selbst, deswegen sei man optimistisch, die Krankheit in den Griff zu bekommen.

Kommunalwahlen im Juli

RODOLFO CASALS - **Granma Internacional**

● **WIE** in der Verfassung der Republik Kuba vorgesehen, werden demnächst die 169 Kommunalparlamente der *Poder Popular* neu gewählt, da die Mandatszeit von zweieinhalb Jahren für deren Abgeordnete ausläuft.

Die Ausschreibung der Wahlen, die vom Präsidenten des Staatsrates, Fidel Castro, unterzeichnet ist, setzt diese für den 9. Juli an. Für den Fall, daß einige Kandidaten nicht mehr als 50 Prozent der gül-

tigen Stimmen erhalten, gehen die Wahlen am 16. des gleichen Monats in die zweite Runde.

Die Kandidaten für die Mandate wurden von den Bürgern des jeweiligen Wahlkreises in öffentlichen Versammlungen direkt vorgeschlagen. Die Listen umfassen mindestens zwei und maximal acht Kandidaten, von denen später nur einer in direkter und geheimer Abstimmung gewählt wird.

Die Nationale Wahlkommission, der 17 Mitglieder angehören, wird vom Justizminister Carlos Amat geleitet.

HAVANNA

Die Hälfte des Trinkwassers geht wegen defekter Leitungen verloren

- Umfassendes Regierungsprogramm zur Verbesserung der Situation ● Monatlich werden 3.000 Lecks beseitigt

GONZALO VUELTA MADRAZO
- Juventud Rebelde

● EINE stabile Trinkwasserversorgung der Stadt Havanna ist das Ziel eines umfassenden Regierungsprogrammes, das der Sanierung des über 3.800 km langen Rohrleitungsnetzes Priorität einräumt. Der schlechte Zustand der Leitungen verursacht täglich den Verlust von etwa der Hälfte der 1.250.000 m³

Wasser, die für die Versorgung Havannas bereitgestellt werden.

Guillermo Jiménez Garrido, stellvertretender Direktor des Wasserwerks von Havanna erklärte, daß sich vom gesamten System nur 15 Prozent in einem optimalen Zustand befänden. Die Anzahl der Lecks sei kritisch.

Seit dem im letzten August das Programm beschlossen wurde beseitigte man mit Hilfe des Ministeriums für Bauwesen, der Metallin-



auch fortgeschrittene Methoden, wie die deutsche ZMA eingesetzt, mit der die Rohrleitung vor Ort repariert werden können. Das spart ca. 40 Prozent der Kosten ein.

Als weitere Neuerung hat man in einem drei Kilometer langen Abschnitt der Rohrleitung von Coscelluela Dichtharze in den Leitungsverbindungen eingesetzt.

Vor kurzem wurde der Knoten D fertiggestellt, der den Stadtteil Alamar über eine Leitung von sechs Kilometern unabhängig versorgt. In den

Stadtvierteln Camilo Cienfuegos, Zamora, Campo Florido, Centro Habana und Habana Vieja wurden ebenfalls Verbesserungen erreicht. In den beiden letztgenannten Stadtbezirken waren dazu spezifische Aktionen notwendig, da das Alter der Rohrleitungsnetze dort weit über der normalen Lebensdauer liegt.

Insgesamt wird Havanna aus 47 unterschiedlichen Quellen mit Trinkwasser versorgt, die fast alle vom Regen gespeist werden.

Kuba und Chile nehmen ihre diplomatischen Beziehungen wieder auf

- Gleichzeitige Bekanntgabe in beiden Hauptstädten durch die Außenminister Robaina und Insulza

ELSON CONCEPCIÓN PÉREZ - Granma

● DIE Regierungen der Republik Kuba und der Republik Chile haben ihre diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen. Die Information wurde in Santiago de Chile und in Havanna zur gleichen Zeit durch die Außenminister José Miguel Insulza und Roberto Robaina bekanntgegeben.

Das offizielle Kommuniqué, das Robaina vor der nationalen und ausländischen Presse verlas, beinhaltet, daß mit Datum seiner Bekanntgabe beide Regierungen die bestehenden Konsularbeziehungen wieder in den Rang diplomatischer Beziehungen erheben. Sie seien dabei geleitet von dem Wunsch, ihre Freundschaft auf den Prinzipien der Gleichberechtigung, der Achtung der Souveränität und der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten zu vertiefen.

Der kubanische Außenminister erklärte, der Bekanntmachung sei ein intensiver Austausch von diplomatischen Noten und Gesprächen zwischen beiden Außenministerien vorausgegangen.

*Dies ist eine wichtige Nachricht für Kuba, für Chile und für ganz Amerika", sagte Robaina. Er fügte an, nach dem souveränen Willen beider Länder habe sich ein Kanal der Kommunikation geöffnet.

Chile hatte die diplomatischen Beziehungen vor fast 22 Jahren nach dem Militärputsch abgebrochen, der am 11. September 1973 Präsident Salvador Allende stürzte.

Am 19. Juli 1991 nahmen beide Länder Konsularbeziehungen auf. Der kubanische Minister erklärte, daß sich jetzt die bestehenden Beziehungen im Handel und auf kulturellem Gebiet erweitern werden, und sich die traditionelle Freundschaft zwischen den Völkern Chiles und Kubas festigte.

WIEDER EINMAL KNAPP AM OSCAR VORBEI

MIREYA CASTAÑEDA
- Granma Internacional

● WIEDER einmal sollten sich die Prognosen der Kritiker zu einem Film aus Lateinamerika, der für den Oscar nominiert war, als falsch herausstellen. Der kubanische Film "Fresa y Chocolate" (Erdbeer und Schokolade) wurde nicht mit der Goldenen Statue ausgezeichnet. Die Akademie von Hollywood übergab sie an den Russen Nikita Michalkow für "Von der Sonne verbrannt".

Der Film der kubanischen Regisseure Tomás Gutiérrez Alea und Juan Carlos Tabío, die an der festlichen Verleihung der nordamerikanischen Trophäen teilnahmen, war der Favorit der Kritiker. In US-Kinos rangiert er unter den 50 größten Kassenschlagern.

Die Schauspielerin Mirta Ibarra hatte in Los Angeles erklärt, es sei bereits als Aus-

zeichnung zu bewerten, zu den Nominierten zu zählen; diese Einschätzung wurde auch von Gutiérrez Alea vertreten.

Seit der Oscar verliehen wird, erschien Lateinamerika bisher nur zehnmal auf der Liste der nominierten Filme; darunter waren vier mexikanische Titel: "Macario" (1960), "Animas Trujano" (1961), "Tlayucán" (1962) und "Actas de Marusia" (1975); weiter die brasilianische Produktion "El pagador de promesas" (1962), "Alsino y el cóndor" (Nicaragua/1982), und der puertoricanische Film "Lo que le pasó a Santiago" (1990).

Argentinien war mit drei Titeln nominiert worden: "La Tregua" (1974), "Camila" (1984) und "La historia oficial" (1987). Für den letztgenannten Film von Luis Puenzo bekam es als bisher einziges Land der Region einen Oscar verliehen.

KUBA UNTERZEICHNET DEN VERTRAG VON TLATELOLCO

Wird Lateinamerika zur größten atomwaffenfreien Zone der Welt?

- Bei der Unterzeichnung in Havanna waren Präsident Fidel Castro und José Angel Gurría, Außenminister von Mexiko, zugegen

ANTONIO PANEQUE BRISUELAS
- Granma Internacional

● Mit der Unterzeichnung des Vertrages von Tlatelolco durch Kuba wurde Lateinamerika und die Karibik theoretisch zur größten atomwaffenfreien Zone des Planeten. Damit zeigte Havanna der Welt die Bereitschaft, sich den wichtigsten Bestrebungen des Gebietes anzuschließen. Es bleiben jedoch Zweifel und die Besorgnis, ob die USA die gleichen pazifistischen Ziele verfolge, die die Unterzeichner als Nichtbesitzer der Atombombe bewegen.

Als vergangenen 25. März im Beisein des Präsidenten Fidel Castro das Dokument unterzeichnet wurde, stimmten die Außenminister von Kuba und Mexiko (dort ist der Vertrag hinterlegt), Roberto Robaina und José Angel Gurría, darin überein, die besondere Bedeutung dieses Moments hervorzuheben. Mit der Unterschrift Kubas vervollständigt sich das Projekt einer atomwaffenfreien Zone für Lateinamerika und die Karibik, das vor 28 Jahren mit Paphierung durch die Präsidenten Boliviens, Brasiliens, Chiles, Ecuadors und Mexikos in der mexikanischen Ortschaft begann, die dem Dokument seinen Namen gab.

Fidel Castro verdeutlichte die Absichten seiner Regierung, "sich vollständig einzugliedern" in diese Gemeinschaft der Nationen. Dies sei ein Zeichen des guten Willens. Gleichzeitig verwies er aber auf die Beharrlichkeit der USA, die mit aller Gewalt ihre illegale Präsenz auf dem Marinestützpunkt von Guantánamo fortsetzen wollen, wo sie sogar Schiffe mit Nuklearwaffen verkehren lassen.

Der Fakt, daß Kuba sich dem Vertrag anschloß, wurde ausführlich von den in der Hauptstadt akkreditierten Nachrichtenagenturen sowie von anderen internationalen Medien kommentiert. Eine Deklaration des mexikanischen Außenministeriums bezeichnete ihn als "historisches Ereignis".

MIGRATIONSGESPRÄCHE KUBA-USA

Thema der balseros weiterhin auf der Tagesordnung

● MITTELPUNKT der dritten Gesprächsrunde über Migration zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten vom 14. bis 16. April 1995 war das Problem der balseros auf dem US-Stützpunkt Guantánamo.

Beide Seiten waren sich einig, daß das im September 1994 unterzeichnete Abkommen erfüllt werde und die Verhandlungen nutzbringend, sachlich und positiv seien.

Die kubanische Delegation, unter Leitung des Parlamentspräsidenten Ricardo Alarcón, und die US-amerikanische, angeführt von Dennys Hayes, Direktor für kuba-

nische Angelegenheiten im State Department, trafen sich dieses Mal zu den Gesprächen in New York. Die nächste Gesprächsrunde, die für Mai oder Juni dieses Jahres vorgesehen ist, wird in Havanna stattfinden.

Die Frage der balseros werde beide Regierungen so lange beschäftigen, bis das Problem endgültig geregelt sei.

Es müsse berücksichtigt werden, so Alarcón, daß diese Personen (25.000 Kubaner auf dem Stützpunkt Guantánamo) Opfer einer 35-jährigen Politik seien, die sie glauben gemacht habe, sie würden



in den USA mit offenen Armen empfangen, wie es tatsächlich auch viele erlebten.

Um die vertragmäßige Erfüllung des Migrationsabkommens zu gewährleisten, meinte Alarcón, sei es für beide Seiten in erster Linie wichtig, anormale Situationen nicht zu multiplizieren oder

neu zu entfachen. Daran habe keines der beiden Länder Interesse.

Nach dem Abkommen, das im vergangenen September der Balsero-Krise ein Ende setzte, haben die USA jährlich mindestens 20.000 Einreisevisa an kubanische Bürger auszustellen, und Kuba ist verpflichtet, eine massive Emigration zu vermeiden.

Der Gesetzentwurf Helms-Burton zur Verstärkung der Blockade gegen Kuba, der dem US-Kongreß zur Beratung vorliegt, mache Perspektiven einer Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern unmöglich.

Der Leiter der US-amerikanischen Delegation teilte mit, beide Seiten hätten über die Durchsetzung des Migrationsabkommens diskutiert, um es handhabbarer und effizienter zu gestalten. Hayes bestätigte, daß während der Verhandlungen nur Migrationsthemen besprochen worden seien. Er vermied es, Genaueres zu den Maßnahmen zu äußern, die das Weiße Haus zur Lösung der dringenden Probleme der balseros in Guantánamo einleiten werde. Weiterhin wurde nach Aussagen des US-amerikanischen Beamten über die freiwillige Rückkehr der balseros nach Kuba verhandelt.

WILLKÜR DER USA GEGEN KUBANISCHE UNO-DIPLOMATEN

● VEREINTE Nationen (PL). - Kuba verurteilt das Auftreten der Vereinigten Staaten bei den Unruhen, zu denen es am vergangenen 30. August vor dem Sitz ihrer UNO-Vertretung gekommen war und weist den Versuch als völlig unangemessen zurück, daß ihren Vertretern dafür die Schuld zu geben sei.

Der ständige Vertreter Kubas, Bruno Rodríguez Parrilla, beantragte eine außerordentliche Sitzung des Ausschusses für die Beziehungen zum Gastgeberland, um das Thema "Frage der Sicherheit der Missionen und ihres Personals" zu diskutieren und das nordamerikanische Verhalten anzuklagen.

Das war darauf zurückzuführen, daß die nordamerikanische Seite der Note, die an die UNO-Mission der USA geschickt wurde, keine Beachtung geschenkt hatte und sie unbeantwortet ließ. In ihr wurde die Aufklärung der Tatbestände durch die US-Behörden und entsprechende Maßnahmen gefordert.

In einer zweiten kubanischen Note wurden diese Punkte nochmals angesprochen sowie auf die Nichterfüllung einer Vereinbarung hingewiesen, nach der man in einer gemeinsamen Sitzung die Vorgänge des 30. Augusts prüfen wollte. Darauf antworteten die USA mit der irrationalen Forderung, daß einigen diplomatischen Vertretern ihre Immunität entzogen werden solle und sie vor Gericht zu stellen seien.

Allein durch den Einsatz des kubanischen Personals, betonte Rodríguez nachdrücklich, habe das Eindringen einer reaktionären Gruppe in die Residenz verhindert werden können. Dafür wären eigentlich die Behörden zuständig gewesen, die über die Situation unterrichtet waren.

Mit dem Eintreffen der New-Yorker Polizei habe sich die Lage noch mehr kompliziert. Sie handelte planlos und der Situation nicht angemessen. Außerdem setzte sie unnötigerweise Gewalt gegen das Wachpersonal der Mission ein, das sie mit Worten und Taten schikanierte.

Obwohl sie sich vorschriftsmäßig als kubanische Diplomaten ausgewiesen hatten, wurden sie unter Mißachtung ihrer Immunität festgenommen. Man legte ihnen Handschellen an und brachte sie auf eine Polizeistation.

Rodríguez berichtete außerdem von neuen Gewaltakten gegen die kubanische Mission, zu denen es einige Tage später gekommen sei, als in New York die Migrationsgespräche zwischen Kuba und den USA stattfanden. Sie seien der nordamerikanischen Vertretung umgehend angezeigt worden. Diese habe jedoch wiederum keine entsprechenden Maßnahmen ergriffen.

Abgesehen von den wiederholten Anzeigen und Notizen habe Kuba weiter an seinen Bemühungen festgehalten, mit den Behörden einschließlich der US-Mission bei der UNO, der städtischen Polizei und den Bundesbehörden zusammenzukommen, um diese Vorfälle aufzuklären und Maßnahmen zu fördern, die ihre Wiederholung verhindern.

Aber diese konstanten Bemühungen, so Rodríguez, seien von den Behörden völlig ignoriert worden. Sie hätten nicht nur keine effizienten Maßnahmen gegen die Protestaktionen ergriffen, sondern statt dessen verbreiten sie eine Note, in der sie bekannt geben, daß gegen die kubanischen Funktionäre, die ihre Botschaft verteidigten von der New-Yorker Staatsanwaltschaft Anklage erhoben wurde.

Man drohe ihnen an, sie des Landes zu verweisen, wenn sie ihre diplomatische Immunität nicht ablegten, und sich dem Prozeß stellten.

Rodríguez wertete es als unzumutbar, jetzt die diplomatische Vertretung Kubas für diese Ausschreitungen zu beschuldigen. Sie seien das Ergebnis der Pflichtverletzungen des Gastgeberlandes. Dessen Verantwortlichkeiten seien schließlich in den entsprechenden juristischen Vereinbarungen festgelegt und freiwillig unterzeichnet worden, um Vorfälle wie die des 30. Augusts zu vermeiden.

Kuba weise die Forderungen des Gastgeberlandes ganz entschieden zurück, das Personal, welches seine eigene diplomatische Vertretung verteidigt habe, solle seine Immunität aufgeben. So habe man das auch der US-Mission der UNO mitgeteilt.

Rodríguez unterstrich noch einmal, daß die Regierung der Vereinigten Staaten jede dieser aggressiven Handlungen voll zu verantworten habe, da sie auf ihre Untätigkeit und die Nichterfüllung ihrer Pflichten als Sitz der UNO zurückzuführen seien.

Botschafter Víctor Marrero, US-Vertreter in diesem Komitee, verneinte, daß es einen Versuch gegeben hätte, in die kubanische Mission einzudringen, obwohl dies sogar im kommunalen Fernsehen zu sehen war. Er wertete die Ereignisse als friedliche Demonstration, wobei er sich auf die Verfassung bezog, die der Bevölkerung das Recht auf freie Meinungsäußerung garantiere.

Im Laufe einer lebhaften Auseinandersetzung entgegnete Rodríguez Parrilla, diese Aggression sei eine abgekartete Sache gewesen, die schon im voraus geplant worden war. Durch die Anwesenheit der Presse sei dies eindeutig bewiesen. Die Behörden hätten informiert sein müssen, vor allem aufgrund der wiederholten Klagen Kubas.

Wenn sich Aktionen dieser Art erneut abspielen sollten, würde die kubanische Mission Maßnahmen zur Verteidigung ihrer Räumlichkeiten ergreifen, zur Absicherung ihres Personals und deren Familienangehörigen, darunter auch Dutzender von Kindern, die dort in die Schule gehen und auch im gleichen Gebäude untergebracht sind.

Rodríguez betonte noch einmal, die Zurückweisung der US-Forderung nach Aufhebung der diplomatischen Immunität der kubanischen Vertreter, die andernfalls ausgewiesen würden, ist die einzige mögliche Form, in der ein kleines, angegriffenes und blockiertes Land reagieren kann. Dies sei Ausdruck der Entscheidung seines gesamten Volkes, die nationale Souveränität und Unabhängigkeit um jeden Preis zu verteidigen.

Bezugnehmend auf die nordamerikanische Note, nach der gegen die Beteiligten an den Ausschreitungen vom 30. August Anklage nach Bundesrecht erhoben wurde, sagte er, allein die Zeit und die Ergebnisse des Verfahrens werden zeigen, ob die Behörden tatsächlich gewillt seien, die Gesetze anzuwenden und auf ihre Einhaltung zu achten.

In Anbetracht der irrationalen Forderung der USA sprach sich das Komitee dafür aus, in Form von Gesprächen und Verhandlungen zwischen den Delegationen Kubas und der USA nach einer annehmbaren Lösung für beide Seiten zu suchen.



Mark für Mark hatten die Deutschen zusammengetragen, um außer vielen anderen nützlichen Dingen 14 Omnibusse zu erwerben, die man Kuba als ein Teil dessen spendete, was durch die Bundesweite Solidaritätskarawane entsendet worden war. Heute verkehren diese Busse auf unseren Straßen. Für uns sind es die

BUSSE DER FREUNDSCHAFT

• Das dritte Schiff der Solidaritätskarawane ist in Havanna angekommen

Am Morgen des 1. Oktober des letzten Jahres wurde die Monotonie des deutschen Autobahnverkehrs durchbrochen. Vollgepackt mit Spenden rollten die Busse und LKW der Solidaritätskarawane nach Bremen

ARSENIO RODRÍGUEZ - Granma

• DIE Kinder aus Aachen haben bestimmt schon den Bus vergessen, den ihre Eltern und andere Leute kauften, um ihn Kuba zu spenden. Vielleicht erinnern sie sich an ihren Übermut als sie ihn mit leuchtenden Farben anmalten. Was sie sicher nicht verstehen werden, ist, daß dieser Bus zuerst ihr Land durchreiste und bald darauf den Ozean überquerte und heute auf den Straßen einer malerischen karibischen Stadt verkehrt, wo er jeden Tag hunderte von Personen transportiert.

Ich erinnere mich, daß ich die erste konkrete Äußerung der Bundesweiten Solidaritätskarawane für Kuba auf einem Hinterhof des Forum Ludwig in dieser Stadt erhielt, von wo aus ich eine Rundreise durch das ganze Land startete, um über die kubanische Realität zu sprechen und um über den wirklichen Wert jedes Gerätes oder Erzeugnisses berichten zu können, das man uns, dank der Koordinierung aller Organisationen und Einrichtungen der Solidarität mit Kuba, großzügig schenkte.

Heute wird dieser Bus auf den Straßen Guantánamos, der östlichsten unserer Provinzen, eingesetzt. Er ist ein Symbol der Freundschaft und fährt sicher mehrere Male am Tag an einem vollkommen anders gearteten Symbol vorbei, das eine Beleidigung für unser Volk darstellt,



Monatelange Arbeit vieler freiwilliger Helfer erbrachten ein Spendenaufkommen im Wert von über fünf Millionen Mark. Zu einer Zeit, als sich die bundesdeutsche Presse unisono über das "bevorstehende Ende" der Kubanischen Revolution ausließ, antworteten Tausende mit verstärkter Solidarität

an dem US-amerikanischen Marinestützpunkt.

Als Ergebnis der Karawane sind schon zwei Schiffe u.a. mit 28 Kraftfahrzeugen, darunter 14 Omnibusse (einer aus Belgien), auf der Insel angekommen. Alle haben nur einige Stunden im Hafen von Havanna gestanden, denn schon kurz nach dem Empfang wurden sie in die Provinzen gebracht, die sie für den öffentlichen Nahverkehr am nötigsten brauchen.

Als Folge der US-amerikanischen Blockade gegen Kuba, die schon mehr als 30 Jahre andauert und die durch das Verschwinden der sogenannten sozialistischen Staatengemeinschaft noch verschärft wurde, durchläuft unser Volk die schwierigste Etappe seiner revolutionären Geschichte. Das führte unter anderem dazu, daß die Kraftfahrzeuge praktisch von unseren Straßen verschwanden, was für die Bevölkerung bekanntlich enorme Schwierigkeiten mit sich brachte.

Wir Kubaner kennen und schätzen die Solidarität sehr. Vor allem, weil wir unter diesem Prinzip erzogen worden sind und weil wir sie auch in mehr als 30 Ländern in den verschiedensten Formen selbst realisiert haben. Sogar jetzt, trotz aller Probleme erfüllen wir das, was wir als eine heilige Pflicht ansehen.

Deshalb war die Ankunft dieser Busse in Kuba, ohne all die anderen Erzeugnisse mit zu rechnen, die zusammen mit ihnen hier ankamen, ein Ereignis, über das ausführlich in der Presse berichtet wurde.

In unserer Hauptstadt fahren z. B. zur Zeit viele Busse, die von den verschiedensten Organisationen aus unterschiedlichen Ländern gespendet worden sind, natürlich auch aus der Bundesrepublik.

Wir sind uns des materiellen Wertes jeder Spende bewußt, aber über allem steht der moralische Wert. Um so mehr, wenn wir wissen

wie jede Mark gesammelt wurde, um die Waren und Geräte erwerben zu können. Ich wurde Zeuge der Bemühungen tausender deutscher Bürger, das nötige Geld zusammenzubringen, der Selbstlosigkeit jedes Einzelnen und der langen Arbeitstage, sowohl bei der Vorbereitung von Veranstaltungen wie beim Verwirklichen von Initiativen, um diese wunderschöne Geste zu einem Erfolg werden zu lassen.

Und wenn diese Bürger, die ihre freien Stunden opfern, die sie oftmals vom Schlaf abzweigten, darüber hinaus den Kubanern, die in jenen Tagen aus unterschiedlichen Gründen ihr Land besuchten, auch noch ihre Gastfreundschaft anboten, dann ist diese Geste noch viel höher zu bewerten. Vor allem, da dies in einer Atmosphäre geschieht, wo Gleichgültigkeit und falsche Information dazu führen, daß sie von ihrer Umwelt nicht verstanden werden.

Vielleicht überraschte die Bürger von Bremen deshalb die Karawane so sehr, die ihre Stadt nach vielen Tagen anstrengender Arbeit durchquerte und die Monotonie eines gewöhnlichen Tages zerriß. Und vielleicht ist Vielen endlich deutlich geworden, daß fern von ihren Küsten, sehr weit weg, eine Insel existiert, die eben nicht die Hölle ist, wie es unsere Feinde darstellen, und auch nicht das Paradies, aber doch ein kleines stolzes und ehrbares Land, daß für Solidarität dankbar ist.

Der Leser, ob er nun zu dieser Sache beigetragen hat oder nicht, der jetzt weiß, daß die deutschen Busse angekommen sind und wo sie sich befinden, kann befriedigt sein; denn dank Tausender seiner Landsleute können die Kubaner heute die aktuellen Schwierigkeiten ein wenig leichter ertragen.



Liebe kubanische Freunde, von Beginn an habe ich die deutsche Ausgabe der Granma Internacional abonniert und lese sie stets mit viel Interesse.

Bemerkenswerte Rede

• Zur Doppelnummer Dez. 94/Jan. 95 schrieb uns Herr Ullmann aus Berlin:

Die Rede von Fidel Castro auf dem Welttreffen der Solidarität fand ich sehr bemerkenswert, besonders auch die Abschnitte über den "Weltmeister" der Menschen-

rechte und die Auseinandersetzung mit dem Verhalten der USA, das den Forderungen Hohn spricht, die sie an andere Staaten stellen. Diese Doppelzüngigkeit

und diese doppelte Moral werden viel zuwenig herausgestellt und den Menschen bewußt gemacht. Deshalb ist es sehr nützlich, einmal in geraffter Form eine Aufstellung solcher Verbrechen zu haben, aus der sich auch viele Argumente ergeben, nach denen man sonst erst in mühevoller Kleinarbeit suchen müßte.

Ansonsten wünsche ich Ihrer Zeitung und Ihrem Land viel Erfolg im Kampf gegen die Blockade.

Mit sozialistischen Grüßen

LA GIRALDILLA

oder die Schöne aus Havanna



JORGE OLLER
- für Granma Internacional

• DREI Jahrhunderte hindurch signalisierte die *Giralda* (Wetterfahne) von der Spitze des Wachturmes des *Castillo de la Real Fuerza* aus den erfahrenen Seeleuten die Windrichtung, während sich die Passagiere der Schiffe an der schlanken bronzefarbenen Figur erfreuten, die sich nach den Launen des Windes drehte.

Sie wurde in Havanna vom Künstler Jerónimo Martín Pinzón gestaltet und gegossen und auf Anordnung des Gouverneurs der Insel, Juan Vitrián de Viamonte, im Jahre 1630 auf den Turm gesetzt. Diese Skulptur - die erste, die in diesem Land gegossen wurde - ist Gegenstand zahlreicher Legenden. Man sagt z.B., sie stelle eine hübsche kubanische Indianerin dar. Andere

behaupten, es sei Isabel de Bobadilla (die einzige Frau, die Kuba je regiert hatte), die vom Aussichtsturm dieser Festung aus tagsüber den Horizont mit der Hoffnung absuchte, daß das Schiff ihres Gatten, Hernando de Soto, von seinen Eroberungen in Florida zurückkehren würde. Sie wußte nicht, daß er auf dieser Fahrt sein Leben ließ. Man sagt auch, sie sei ein Sinnbild des Sieges.

Tausenden Unwettern hielt sie stand, doch 1926 wurde sie von dem fürchterlichen Hurrikan, der die Hauptstadt heimsuchte, vom Turm gestürzt. Sie wurde nicht wieder auf ihren Thron gesetzt. Die Einwohner Havannas zogen es vor, dort eine Nachbildung zu montieren. Das Original ist heute im *Museo de la Ciudad* (Stadtmuseum) ausgestellt.



Ahmed VELÁZQUEZ

ÖKOLOGIE UND TOURISMUS

Ein harmonisches Angebot

• Vereinbarung zwischen Horizontes Hoteles und der Stiftung Natur und Mensch zum Schutz der Umwelt sowie zur Förderung des Ökotourismus unterzeichnet

ELOY RODRIGUEZ
- Granma Internacional

• DER naturnahe Tourismus, für viele Fachleute der Branche der eigentliche Zweck dieser sogenannten Freizeitindustrie, ist in Kuba durch die Unterzeichnung eines Vertrages zwischen der Kette Horizontes Hoteles und der Stiftung Natur und Mensch ein gutes Stück vorangekommen.

Der von José Fernández de Cossío, Präsident der Hotelkette, und Antonio Núñez Jiménez, Vorsitzender der o.g. Nicht-Regierungs-Organisation, ratifizierte Vertrag sieht weitreichende Aktivitäten vor, um das touristische Angebot der Insel zu erweitern und dabei gleichzeitig die Umwelt zu schützen.

An erster Stelle stehen dabei die Förderung und Umsetzung von Umweltschutzmaßnahmen, wie etwa der Umbau und die Neugestaltung von touristischen Einrichtungen, die Betonung der Natur und ihrer Werte, die Entwicklung des Ökotourismus, die Beobachtung von zoologischen und botanischen Spezies sowie der höhlenkundliche Tourismus.

Zum letztgenannten Thema informierte Dr. Antonio Nuñez Jimenez, daß die Stiftung und die Internationale Schule für Höhlenkunde, zusammen mit dem Ministerium für Gesundheitswesen, Untersuchungen begonnen habe, um die Höhle Gran Caverna de Santo Tomás in der westlichen Provinz Pinar del



Ahmed VELÁZQUEZ

Rio als Sanatorium für Erkrankungen der Atemwege zu nutzen.

Der Vorsitzende der Stiftung, eine in der Höhlenforschung sowohl in Kuba als auch im Ausland anerkannte Persönlichkeit, bestätigte, daß sich die Bauern der Umgebung das spezielle Mikroklima der Gran Caverna de Santo Tomás bei Asthmalenidien zunutze machen. Die Höhle ist mit ihren kilometerlangen Gängen die größte in Lateinamerika.

Die Stiftung wird in den Einrichtungen von Horizontes Kurse, Workshops und Seminare über Ökologie, Umweltschutz und Speleologie zu Vorzugspreisen anbieten.

Für das erste Quartal des kommenden Jahres wurde außerdem ein internationaler Fotowettbewerb zum Thema Ökologie - Ecofoto - ausgeschrieben.

Nach der Vertragsunterzeichnung im Sitz der Stiftung las Dr. Nuñez Jiménez Auszüge aus seinen vor mehr als 40 Jahren veröffentlichten Arbeiten. Schon damals wies er auf den Bedarf dessen hin, was man heute den Ökotourismus nennt. Die Schönheit, das Klima und die geographische Lage der Insel sind geeignet, sie zum "Mekka des Amerikatourismus" zu machen.

Dr. Fernández Cossío äußerte seinerseits, der Vertrag sei ein bedeutender Schritt zur Schaffung kommerzieller Rahmenbedingungen für seine Hotelgruppe, die mit ihrem breiten Angebot dazu in der Lage ist, "den Menschen an die Natur heranzuführen". Dies soll unter der Prämisse geschehen, den Naturreichtum der Nation zu bewahren.

NOTI TUR

VERSCHÖNERUNG DES PASEO MARTÍ

In der Bewegung 'Mein Beitrag für die Stadt' begann die Gesellschaft für Tourismus und internationalen Handel Cubanacán S.A. die Sanierung des Paseo Martí, einer der Hauptstraßen von Santiago de Cuba. Die Initiative steht im Zeichen mehrerer Jahrestage. Vor hundert Jahren begann der letzte Befreiungskrieg gegen die Spanier, in dem Kubas Nationalheld José Martí, im gleichen Jahr, sein Leben im Kampf ließ. Daneben wird das 480. Jubiläum der Stadtgründung gefeiert. Aus diesem Anlaß sollen die Parks und Grünanlagen der Stadt wiederhergestellt, die Beleuchtung repariert, Häuser gestrichen und die Beschilderung der Straßen auf den neuesten Stand gebracht werden.

MAFIA UND DROGENHÄNDLER INVESTIEREN IN DEN TOURISMUS

Hotels, Restaurants und Erholungseinrichtungen seien in Costa Rica die hauptsächlichsten Ziele von Investitionen des sogenannten Cali-Kartells aus Kolumbien, wie Antidrogenbehörden zugestanden. Die Quellen betonten, daß sich die Investoren zusammen mit der italienischen Mafia möglicherweise schon auf weitere Länder Zentralamerikas ausgebreitet hätten.

WÄHLERISCHE KOLUMBIANER

Die bevorzugten Auslandsziele der Kolumbianer für ihren Osterurlaub waren nach Angaben der Direktion der Zivilen Luftfahrt Kolumbiens Kuba, Aruba, Cancún und Miami. Wie das Unternehmen mitteilte, habe man 131 zusätzliche Flüge für

die gegenwärtige Saison eingesetzt. Nach Angaben der Reiseveranstalter seien in der Osterwoche mehr als 3.000 kolumbianische Touristen nach Kuba gekommen und stellten somit einen Saisonrekord auf.



Ahmed VELÁZQUEZ

MELIÁ COHIBA VORGESTELLT

Das Fünf-Sterne-Hotel Meliá Cohiba mit seinen 462 Zimmern wurde den in der kubanischen Hauptstadt vertretenen Touristikunternehmen und Reiseveranstaltern vorgestellt. Es wird von der kanarischen Kette Sol Meliá bewirtschaftet. Eigentümerin ist die kubanische Gesellschaft Cubanacán S.A.. Das Hotel, die bedeutendste touristische Anlage, die in Kuba seit 1959 gebaut wurde, verfügt in seinen 22 Stockwerken über einen sehr umfangreichen Service.

ZEBRAS VERMEHREN SICH

Die exotischen Vierbeiner, welche die Kinder in den Zoologischen Gärten wegen ihrer auffallenden Streifen so bewundern, haben auf dem Cayo Saetia, im Norden der kubanischen Provinz Holguín, ein ideales Terrain für ihre Fortpflanzung gefunden. Durch die hervorragenden natürlichen Bedingungen und einer vortrefflichen veterinärmedizinischen Betreuung haben bereits drei Exemplare der einzigartigen afrikanischen Spezies das Licht der Welt erblickt.

Rußland bleibt weiterhin ein wichtiger Handelspartner

GABRIEL MOLINA

● **RUSSLAND** sieht Kuba auch weiterhin als einen bedeutenden Handelspartner an und man bereitet einen möglichen Besuch von Außenminister Robaina vor, erklärte Botschafter Arnold I. Kalinin.

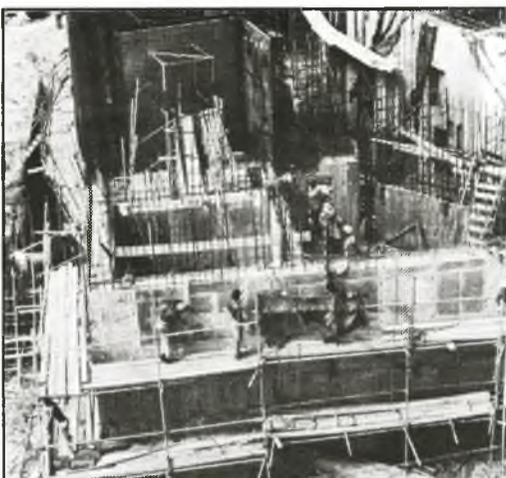
Eine Neubewertung der Außenpolitik Rußlands geht in die Richtung, daß dieses riesige Land "seine Position in einer Welt finden wird, die unter dem Aspekt der Kriegsgefahr zwar sicherer geworden ist, wegen ihres unipolaren Charakters aber weniger berechenbar".

Quellen der Botschaft zufolge, übersteigt der Handel zwischen den beiden Ländern fünf-hundert Millionen Dollar, wenn man die Lieferungen vom Januar diesen Jahres berücksichtigt, die 1994 zuzurechnen sind. Nach einem Vertrag, der im letzten Februar in Moskau unterzeichnet wurde, werden außerdem zwischen März und April die restlichen 700.000 t Erdöl des Abkommens über 1,8 Mio. Tonnen geliefert, womit die Gesamtsumme sechs Mrd. übersteigen würde. Kuba zahlte den Gegenwert dieser Lieferungen mit Rohzucker.

Mit diesen Zahlen würde Rußland auf den ersten Platz im Handel mit der größten Karibikinsel rücken, gefolgt von Kanada mit 300 Millionen. Die Erdöllieferungen der Sowjetunion an Kuba erreichten Größenordnungen bis zu 13 Mio. Tonnen.

Nach Aussagen der gleichen Quelle ergab eine parlamentarische Anfrage in der staatlichen Duma (russ. Parlament), daß es ökonomisch als sinnvoll angesehen wird, die bilateralen Beziehungen zu stabilisieren und weiter zu entwickeln. Und das nicht nur im Bereich des Handels. Sowohl die Einsicht als auch der politische Wille dazu seien vorhanden. Weiterhin seien über die traditionellen Formen hinaus neue Möglichkeiten der Kooperation zu suchen.

Man unterschätze nicht die objektiven Schwierigkeiten beider Länder in der Produk-



tion, aber es seien auch Anzeichen einer Stabilisierung vorhanden.

Als Beispiel für neue Kooperationsformen führte Kalinin die Gründung der Wirtschafts- und Handelsassoziation Roscuba im vergangenen Juli in Rußland an. Sie befindet sich jedoch noch in der Aufbauphase.

Unternehmer und russische private Bankiers nahmen im Januar an einem Workshop teil, der den Möglichkeiten und Problemen in den Beziehungen zwischen beiden Ländern gewidmet war. Einige von ihnen, wie Herr Groshev, Präsident der INCOMBANK und Herr Savin, Direktor der Internationalen Handelsschule, besuchten Havanna und führten Gespräche mit Vertretern kubanischer Organisationen.

Dabei wurden sehr konkret die Möglichkeiten von Kreditfinanzierungen im Investitions- und Banksektor geprüft.

Den gegen Kuba gerichteten Gesetzentwurf des US-Senators Helms wertet das russische Außenministerium als eine Erweiterung des Toricelli-Gesetzes. Es strebe an, die US-Beziehungen zu Drittländern von deren bilateralen Verhalten zu Kuba abhängig zu machen.

Der Sprecher schätzt die Position derjenigen Länder als richtig ein, die den Dialog als ein Mittel ansehen, um Veränderungen in Kuba anzuregen. Und geht weiter, indem er sagt, daß die Geschäftsleute sich fragen, ob sich hinter diesen Gesetzen nicht die Anstrengungen der USA verbergen, nicht zuzulassen, daß Konkurrenten auf dem zukünftigen kubanischen Markt erstarken.

Kalinin äußerte, der jüngste Besuch des Divisionsgenerals Julio Casas in Rußland habe sehr gute Ergebnisse im militärisch-technischen Bereich erbracht. Ähnlich positiv wertete er den Besuch der Stellvertretenden Außenministerin Isabel Allende sowie den des russischen Ministers für Kultur E. Sidorov in Kuba, bei dem ein Programm über kulturelle Zusammenarbeit für die Jahre 1995/96 unterzeichnet wurde.

**BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND - KUBA**

Fortschritte bei Verhandlungen über ein Schutzabkommen für Investitionen

● **Der kubanische Außenhandelsminister Ricardo Cabrisas kündigte Konkretisierungen in den nächsten Wochen an**

● **IN** einigen Wochen werden Kuba und die Bundesrepublik Deutschland ein Abkommen zum Schutz der Investitionen unterzeichnen, wie in Düsseldorf der kubanische Außenhandelsminister Ricardo Cabrisas informierte, heißt es in einer Meldung von DPA.

Der kubanische Minister, der an der Spitze einer Delegation die Bundesrepublik auf Einladung der Westdeutschen Landesbank und der Nordrhein-Westfälischen Regierung besuchte, stellte nach Angaben der genannten Agentur klar, daß das Abkommen den freien Transfer von Gewinnen garantieren werde. Die Insel hat ähnliche Abkommen mit anderen Ländern geschlossen, unter ihnen Kanada, Spanien, Italien und Großbritannien.

Der kubanisch-deutsche Handelsumfang beläuft sich auf 100 Millionen Dollar und man versucht die Beziehungen mit deutschen Unternehmen u. a. auf dem Gebiet des Tourismus, der Energie und des Bergbaus auszubauen.

In seinen Erklärungen gab der kubanische Außenhandelsminister bekannt, daß die direkten ausländischen Investitionen in Kuba 1,5 Mrd. Dollar erreichen, von denen der größte Teil aus Spanien und Mexiko kommt. Er hob auch den Beitrag des Tourismus hervor, der im vergangenen Jahr Einkünfte von 800 Millionen Dollar erwirtschaftete. Dieses Ergebnis liegt um 10 Prozent über dem des Vorjahres.

Kuba strebt an, die Zahl der ausländischen Touristen 1996 auf eine Mio. zu steigern, während in diesem Jahr die Zahl von 1994 überboten werden soll, wo 700.000 ausländische Touristen gezählt wurden.

Während seines Aufenthaltes in der Bundesrepublik traf sich Minister Cabrisas mit dem Ministerpräsident von Nordrhein Westfalen, Johannes Rau, mit Unternehmern und mit Vertretern der Bundesministerien für Wirtschaft und für Auswärtige Beziehungen.

Kurz berichtet

FISCHFANG DES KONTINENTS GEHT ZURÜCK

Alfredo Carrasco, Exekutivsekretär der Charles-Darwin-Stiftung, bestätigte, daß der Fischfang auf dem Kontinent auf ein alarmierendes Niveau zurückgegangen sei. Als Gründe dafür, daß man an die Grenze der Ausbeutungsmöglichkeiten gelangt sei, nannte er die Überfischung, als auch die Situation der vorräufigen Biomasse.

KREDITE FLIEBEN NACH LATEINAMERIKA

Mit den im vergangenen Jahr erhaltenen Krediten in Höhe von 6,6 Mrd. Dollar und der Aussicht einer Steigerung auf 10,8 Mrd. 1997, ist Lateinamerika die Region, die von den multilateralen Banken für Entwicklung am meisten bedacht wurde. Transport, Gesundheitswesen, Erziehung und Umwelt sind die Sektoren, in die die meisten Gelder geflossen sind.

BANKEN KURZ VOR DEM ZUSAMMENBRUCH

Das kürzlich erst privatisierte Bankensystem in Mexiko steht kurz vor dem Zusammenbruch und erlebt eine Art indirekter Rückverstaatlichung durch verdeckte Subventionierung. Wie die Agentur IPS berichtet, sieht sich das System nicht nur einer enormen Höhe nicht zurückgezahlter Kredite gegenüber, sondern es hat sich auch in beschleunigter Form dekapitalisiert.

AUFHEBUNG DER ZOLLGRENZE CHILE - PERU

Der Vertrag über Handel und wirtschaftlichen Austausch, den Chile und Peru in diesem Jahr unterzeichnen werden, werde den bilateralen Warenaustausch

zu 95 Prozent zollfrei gestalten, verlautet aus Quellen des Außenministeriums in Montevideo. Peru ist nach Brasilien und Argentinien der drittgrößte Handelspartner Lateinamerikas.

AGGRESSIVER WIRTSCHAFTSPLAN IN EL SALVADOR

Vertreter der Regierung und privater Unternehmen in El Salvador schlossen eine Störung des Integrationsprozesses Zentralamerikas wegen des aggressiven Wirtschaftsplans, der dieses Land zu einem "Hong Kong" des Isthmus machen will, aus. "Wir möchten die Region für die Freihandelszone vorbereiten, die bis zum Jahre 2005 geschaffen werden soll", sagte Eduardo Zablah, Wirtschaftsminister von El Salvador.

STRATEGISCHE ERDÖLALLIANZ

Unternehmer des Bereiches Erdölverarbeitung und Ausstattungsgegenstände aus Kolumbien und Venezuela kamen bei der Schaffung einer strategischen Allianz zur Kommerzialisierung auf bilateraler Ebene und gegenüber Drittländern voran. Die zollfreie Einfuhr und der Austausch von Technologien sowie die venezolanischen Erfahrungen auf dem Erdölsektor wurden während der ersten kolumbianisch-venezolanischen Messe für Dienstleistungen und Ausrüstungen in Santa Fe de Bogota in Gesprächsrunden von Unternehmern der Branche diskutiert.

BESCHIEDENE FORTSCHRITTE IM BERGBAU

Nach einem Bericht mit dem Titel "Der Wandel im Bergbau und die Herausforderungen der Globalisierung" von Fernando Sánchez, Ex-Bergbauminister von Peru und Berater der ECLA (UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik), hat die Produktion des lateinamerikanischen Bergbaus und seine Weltmarktanteile im letzten Jahrzehnt zugenommen. Trotzdem müsse er seine internationale Wettbewerbsfähigkeit noch verbessern.



Haut LÖPLZ

HANNA, von Brecht bis Fassbinder

PEDRO DE LA HOZ - Granma

● HANNA Schygulla ist wie ein offenes Buch bei Tageslicht. Sie gesteht, daß sie sich von Kuba immer stark angezogen fühlte. Erst vor etwas mehr als drei Monaten trat sie bei der Eröffnung des letzten Festivals des Neuen Lateinamerikanischen Films auf. Jetzt gab sie eine Vorstellung als Sängerin im Covarrubias Saal des Nationaltheaters. Der französische Pianist Jean Marie Senia und ihre kubanischen Freundinnen, die Schauspielerin Alicia Bustamante und die Sängerin Francisca Liset, begleiteten sie.

Was geht in der Seele einer Schauspielerin vor, wenn sie sich zum Singen entschließt?

Ein erhebendes Wohlgefühl, so stark, daß ich sogar sagen möchte, daß es in meinem Fall die Freude am Schauspielern übertrifft.

Ist es nicht eine etwas zu hochgesetzte Herausforderung, im Bereich Musik konkurrieren zu wollen?

Eigentlich bin ich ja gar keine Sängerin. Ich bin eine Schauspielerin, die Lieder rezitierend vorträgt. Das ist keine Entdeckung von mir, sondern gehört zur Tradition der deutschen Kultur. Dort existiert die Bezeichnung Sprechgesang, für eine schauspielerische Darbietung dieser Art. Dasselbe gilt für die französische Kultur. Wie du weißt, lebe ich in Paris.

Wenn Sie bei solchen Konzerten auftreten, erinnern Sie sich da an Marlene Dietrich? Was halten Sie von ihr?

Ich habe die Dietrich nicht kennengelernt, aber wenn ich recht darüber nachdenke, gibt es einige Berührungspunkte. Zum Beispiel traf sie mit Fünfzig die Entscheidung, sich ganz dem Lied zu widmen. Sie ist ein Mythos, mit all dem Positiven und Negativen, das damit verbunden ist. Ich glaube, daß sie bewußt den Mythos der modernen Frau im Film schuf. Ich schätze sehr ihren Sinn für Ironie, wie sie einschließlich mit dem Lächerlichen kokettierte, ohne sich selbst lächerlich zu machen.

Können wir Brecht als einen Ausgangspunkt bei ihren musikalischen Darbietungen betrachten?

Wir tragen alle Brecht in uns. Als Mädchen beeinflussten mich seine Lieder mit der Musik von Kurt Weill. Deshalb nehme ich in mein Programm Stücke aus der Dreigroschenoper mit auf.

Im Kino bringt man Fassbinder mit Ihnen in Verbindung. Gibt es diese Beziehung auch beim Lied?

Das ist Teil dessen, was ich bei dieser Gelegenheit verdeutlichen will. Fassbinder war nicht nur ein großer Regisseur, derjenige, der mich auf die Leinwand brachte, sondern auch ein großartiger Poet.

HUGO LÖTSCHER:

Von uns hat niemand eine Revolution gemacht

● MIT Blick auf den Menschenstrom, der sich durch den Zentralpark von Havanna bewegt, meint Hugo Lötscher: "Die Europäer haben durch die Presse eine düstere Vorstellung von Kuba. Ich denke, nicht wenige Besucher werden verwundert sein, hier ganz das Gegenteil vorzufinden - so viel Vitalität und Vertrauen in das Leben". Vor dieser Kubareise hatte er mit kubanischen Germanisten in Mexiko gesprochen: "Ich weiß, wir europäischen Intellektuellen haben die Manie, Mängel aufzuzeigen, Formeln vorzugeben, zu fordern, nicht einverstanden zu sein ... aber Tatsache ist, daß

niemand von uns eine Revolution gemacht hat. Ihr ja, ihr habt eure gemacht. Das verstehen eben manche nicht."

Seit dem Ableben von Max Frisch und Friedrich Dürrenmatt ist Hugo Lötscher mit seinen 65 Jahren der unumstrittene Patriarch der Schweizer Erzählkunst in deutscher Sprache. Zwei seiner Romane, "Der Immune" (1975) und "Die Rollen des Immunen" (1986), machten ihn im deutschsprachigen Raum (Deutschland, Schweiz und Österreich und neben so berühmten Schriftstellern wie Günter Grass und Peter Handke) zu einem der herausragenden Autoren am Ende dieses Jahrhunderts.

Seine ausgeprägte Fähigkeit zur phantasievollen Erzählung dieser Texte, die Zeugnis ablegen von den Beziehungen des Intellektuellen zu einer außerordentlich spannungsgeladenen Epoche (der Protagonist kam in einem Arbeiterviertel zur Welt, erlebte den französischen Mai '68, die Wiedergeburt der Utopien in der Dritten Welt, die Hippie-Welle, die Macht der Yuppies, die Niederträchtigkeit der Massenmedien, die Diktatur von Salazar in Portugal und die Explosion der Postmoderne), brachten ihm 1992 den Schillerpreis ein. Das ist die höchste Auszeichnung der



deutschen Literatur, die damit erstmalig einem Schweizer Autor zuerkannt wurde.

In "Der Immune" fragt eine Gestalt den Protagonisten: "Sie werden also Positives über Kuba schreiben?" Und dieser antwortet: "Haben Sie Angst, daß ich das Gegenteil tue? Ich komme aus einem Europa, das den Arbeiter im Stich gelassen hat. Ich gehöre nicht zu denen, die die Arbeiter kritisieren, die Sicherheit suchen. Um eine derartige Haltung einzunehmen, müßte ich einer anderen Generation und der Bourgeoisie angehören. Doch andererseits ist mir

überaus klar, daß soziale Gerechtigkeit nicht mehr als eine Voraussetzung ist. Wenn man sie erreicht hat, kann eine neue Kultur geschaffen werden. Kuba kann mich in dieser Richtung faszinieren. Hier ist eine Umwandlung der Gesellschaft vor sich gegangen, die gleichzeitig sozial und kulturell, wirtschaftlich und intellektuell ist."

Fast zwanzig Jahre nach dieser literarischen Erklärung ist Lötscher, ein unermüdlicher Lateinamerikareisender und bedeutender Journalist, zu einem Arbeitsbesuch nach Kuba zurückgekehrt. Hier unterstützt er die Stiftung Pro Helvetia und das Heine-Haus in Havanna. Beide Projekte arbeiten, ebenso wie die Vereinigung Kubanischer Schriftsteller und Künstler (UNEAC) mit einer Gruppe von Intellektuellen und Akademikern aus dem deutschsprachigen Raum zusammen. Darunter sind auch seine Freunde Egon Amman, der Schweizer Verleger, und der deutsche Kritiker Wolfgang Eitel. Lötscher möchte vor allem eine Reisechronik über Santiago de Cuba für die Schweizer Presse schreiben, mit Germanisten und Schriftstellern der Insel Gedanken austauschen und ein Verlagsprojekt mit dem Kubanischen Buchinstitut (Instituto Cubano del Libro) vorantreiben.

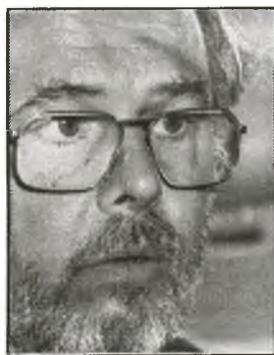
● P. H.

Toni Piñera
- Granma

● IST der deutsche Humor sehr ernst? Die Frage machte ihre Runde durch das "Minnenfeld" der Pointen in der Biennale des Humors in San Antonio de los Baños, bis sie schließlich einem hervorragenden deutschen Karikaturisten zu Ohren kam: Rainer Hachfeld. Gelassen, mit tiefer Stimme und fast perfektem Spanisch gab er zurück: "Man sagt, die Deutschen hätten keinen Humor. Das stimmt nicht. Wir sind zwar ernster als die Lateinamerikaner, aber wir haben eine andere Art von Witz, nicht so weit gefächert wie Ihrer."

Er gesteht ein, daß er kein typischer deutscher Humorist sei: "Ich arbeite für eine Agentur in New York und auch für Le Monde (Paris). Deshalb zähle ich mich zu den universelleren Karikaturisten". Hinzugefügt werden muß noch sein persönliches Interesse für die Probleme der Länder der Dritten Welt, speziell der Lateinamerikas. Die Thematik beschäftigte ihn schon viele Jahre in seinen Arbeiten.

An Rainer Hachfeld, Mitglied der internationalen Jury der neunten *Bienal de Humorismo* und seit 23 Jahren Freund Kubas, wurde vor kurzem der erste Preis des Deutschen Verle-



Juvenal BALAN

RAINER HACHFELD

Der deutsche Humor ist ernster

gerverbandes und der Bundespressekonferenz in Bonn verliehen. "Für eine Karikatur, die im Neuen Deutschland erschien, der einzigen sozialistischen Zeitung, die in unserem Land besteht und für die ich arbeite."

Seine aktuellen Themen im komplexen Beruf eines Humoristen beschäftigen sich mit den Entwicklungen in der Bundesrepublik und in Europa, "die uns hautnah berühren. Das soll aber nicht heißen, daß ich mit meiner Feder andere Themen umgehe, wie zum Beispiel die der Menschenrechte und des Neoliberalismus...". Gerade mit diesem Thema errang er in Kuba den ersten Preis für Karikaturen der *Tribunal Antiimperialista de Nuestra América* (TANA).

Seine Freundschaft zu Kuba setzte er 1972 vom Wort in die Tat um, als er zum ersten Mal als Mitglied der "Internationalen Brigade XX. Jahrestag" zu uns kam. Wie oft er noch kam, kann er nicht mehr nachvollziehen, aber der bedeutendste Besuch für ihn war im Jahre 1989: "Ich überlegte immer, was ich zu meinem Fünfzigsten anstellen werde. Als es soweit war, kam mir die Idee, ihn in Kuba zu verbringen. Fünfzig deutsche Freunde begleiteten mich! Weitere fünfzig Freunde aus Kuba gesellten sich hier dazu. Ich gab ein großes Fest, das etwas von der Freundschaft zeigte, die mich mit diesem Volk verbindet."



Pablo Lara

Spiele der Rekorde

● **MAR DE PLATA**, (Reuter).- Die XII. Panamerikanischen Spiele wirken über ihren zweiwöchigen Marathon hinaus und hinterließen für die Nachwelt 125 panamerikanische und drei Weltrekorde (zwei im Gewichtheben und einen im Schießsport).

Die USA führen die Liste der Rekorde mit 58 an. Damit blieben sie um sieben unter ihrem historischen Erfolg bei den Spielen in Indianapolis 1987. An zweiter Stelle steht Kuba mit 32 Rekorden. Es folgen Kanada mit 13, Brasilien mit 5, Mexiko und Argentinien mit 4, Guatemala und Venezuela mit 3, Kolumbien mit 2 und Ecuador mit einem.

Zwei der drei Weltrekorde errang der kubanische Gewichtheber Pablo Lara. Mit 207,5 kg, überbot er seine kurz zuvor aufgestellte Leistung von 205,5 kg, die wiederum um 0,5 kg über seinem bestehenden Weltrekord lag.

Den dritten Weltrekord stellte der US-Schütze Robert Harbison mit 588 Punkten in der Klasse Gewehr, Standard, 3x20, 300 m, individual, auf.

Der kubanische Sport machte erneut Geschichte

ENRIQUE MONTESINO - Granma

● **MAR DEL PLATA**.- Als der Schiedsrichter dem Superschwergewichtler im Boxen, Leonardo Martínez Fizz, den Sieg zuerkannte, sprach Kuba damit das letzte Wort in der Wettkampfarena der XII. Panamerikanischen Spiele.

Es waren achtzehn Tage (vom 9. bis 26. März) des Wettkampfes und der direkten Auseinandersetzung mit der stärksten Delegation, die die USA jemals entsandt hatte; sehr viel größer als sonst und mit Spitzensportlern in fast allen der 40 auf dem Programm stehenden Disziplinen.

Es waren Wettkämpfe, in denen man mit Kanada auch der anderen großen Nation aus dem Norden gegenüberstand; in denen man gegen die Leistungen und die Motivation der argentinischen Gastgeber ankämpfen mußte und in denen der gleichberechtigte Kampf mit vielen lateinamerikanischen Kon-

kurrenten nicht fehlte. Viele von ihnen motiviert durch das Wissen, welches ihnen durch die technische Zusammenarbeit der Antillenninseln vermittelt wurde.

Mit der Goldmedaille Nummer 112, die Martínez Fizz errang, wurde ein neuer Meilenstein gesetzt, eine neue Seite in den Panamerikanischen Spielen außerhalb unseres Landes aufgeschlagen. Die bisherige Höchstzahl von Goldmedaillen (79 in Caracas 1983) wurde um 33 übertroffen und die Voraussagen um 17.

Das Boxen war die achte Individualsportart, die Kuba für sich entscheiden konnte und die elfte, wenn man die Mannschaftssportarten mit dazurechnet.

Stolz kündeten die Klänge der Nationalhymne von den Siegen im Judo, im Ringen, beim Gewichtheben, in der Leichtathletik, beim Fechten, beim Karate und bei der rhythmischen Gymnastik. Unbesiegt blieben die Mannschaften im Baseball, im Volleyball (w) und im Handball (m).

Unsere Judoka mit ihrem absolut perfekten Auftreten, könnten nie übertroffen werden, höchstens nachgehahmt. Das Fechten konnte in den Begegnungen mit den Vereinigten Staaten würdig abschneiden, bestiegen doch alle, ohne Ausnahme, eine Stufe des Siegertreppchens.

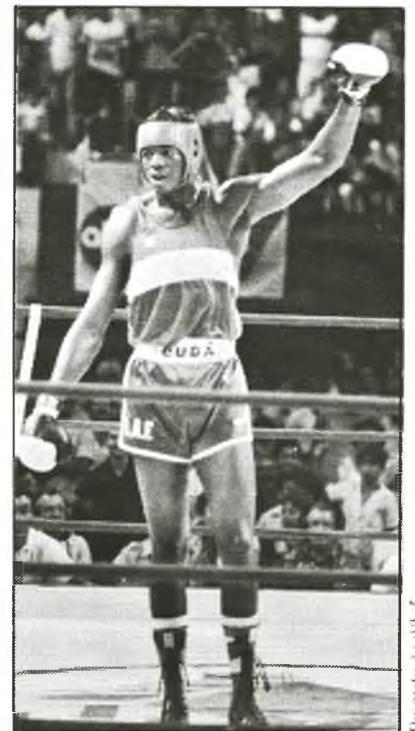
Die Kleinen der rhythmischen Gymnastik vollbrachten fast ein Wunder, indem sie es schafften, die meisten Auszeichnungen zu erringen. Offenkundig wurde auch die unvorhergesehene Qualität unserer Karatekämpfer.

In der Leichtathletik bewiesen unsere Sportler erneut, daß ihre Rivalen das Letzte aus sich herausholen müssen, um sie zu übertreffen. Die Gewichtheber hielten ihre unerreichbare Position aufrecht.

Drei Kubaner erreichten es, wegen ihrer Leistungen besonders ausgezeichnet zu



Die weiblichen Judoka erregten großes Aufsehen



Leonardo Martínez Fizz

MEDAILLENSPIEGEL

LAND	GOLD	SILBER	BRONZE	GES.
USA	169	146	109	424
Kuba	112	66	60	238
Kanada	48	60	69	177
Argentinien	40	45	74	159
Mexiko	23	20	37	80
Brasilien	18	27	37	82
Venezuela	9	14	25	48
Kolumbien	5	15	28	48
Chile	2	6	10	18
Puerto Rico	1	9	12	22
Uruguay	1	4	3	8
Guatemala	1	1	6	8
Dom. Rep.	1	1	5	7
NL Antillen	1	1	4	6
Ecuador	1	1	3	5
Peru	0	3	4	7
Jungfernsins.	0	3	0	3
Jamaika	0	2	2	4
Nicaragua	0	2	2	4
Bahamas	0	2	1	3
Paraguay	0	1	2	3
Costa Rica	0	1	1	2
Dominica	0	1	0	1
El Salvador	0	1	0	1
Panama	0	1	0	1
Trinidad/Tob.	0	0	6	6
Honduras	0	0	2	2
Surinam	0	0	2	2
Antigua	0	0	1	1
Bermudas	0	0	1	1
San Vincente	0	0	1	1
Gesamt	432	433	507	1372

werden. Pablo Lara wartete mit zwei absoluten Bestleistungen im Gewichtheben auf. Zuvor war das gleiche schon seinem Mitstreiter Idalberto Aranda in der Jugendklasse gelungen. Die 2,40 Meter von Javier Sotomayor im Hochsprung stellten, zusammen mit dem Versuch, die 2,46 Meter zu meistern, einen weiteren bedeutenden Moment dieser Spiele dar. Eine weitere Auszeichnung wurde dem Nordamerikaner Robert Harbison im Sportschießen zuerkannt.

Als ebenso wertvoll wie die sportlichen Leistungen muß man die Disziplin und die Würde ansehen, die unsere Botschafter des Sportes auszeichneten, genauso, wie ihre Einfachheit, ihre Freude und ihr Zu-vorkommen. Für diese Qualitäten verdienten sie eine weitere Goldmedaille, die ebensoviel oder sogar mehr wert ist, als jede der 112: die der Sympathie der argentinischen Bevölkerung und speziell der von Mar del Plata.

Noch lange wird man an den Wirbel der Ereignisse in dieser kurzen Zeit denken; an die großen Erfolge und die unbeschreiblichen Eindrücke. Von Mar del Plata wird vor allem die enorme Solidarität unvergessen bleiben, die in jedem Moment unseren Sportlern, unserem Volk und unserer Revolution überschwinglich entgegengebracht wurde.

ANTONIO PANEQUE BRIZUELAS
- Granma Internacional

• DER Einfluß Washingtons in der UN-Menschenrechtskommission ist zumindest in bezug auf die traditionelle Kontroverse zwischen den USA und Kuba und derer Interpretation durch die restlichen 53 Mitgliedsländer dieser Institution in diesem Jahr erneut leicht zurückgegangen.

Trotz des enormen Drucks, den die Vereinigten Staaten weiterhin auf die übrigen Länder ausüben, um ein ihnen genehmes Abstimmungsverhalten zu erreichen, stimmen verschiedene kubanische und ausländische Beobachter darin überein, daß sie an Einfluß verlieren. Das bestätigen auch die Abstimmungsstatistiken über verschiedene Resolutionen, die von Havanna und Washington im vergangenen März, in der V. Sitzungsperiode der Menschenrechtskommission, eingebracht wurden.

Kuba erreicht über zwei wichtige Resolutionen einen Abstimmungserfolg. Eine verurteilt die USA wegen "einseitiger Zwangsmaßnahmen, die von wirtschaftlich mächtigen Staaten ergriffen werden, um aus politischen Gründen Druck auf Entwicklungsländer auszuüben" (das ist das, was man in Kuba als Blockade kennt). Die zweite Resolution behandelt das Thema Reisefreiheit. Diese ist derzeit für US-Bürger in bezug auf Kuba nicht vorhanden.

Auch die USA konnte zwei Abstimmungserfolge verzeichnen. Eine von der US-Regierung eingebrachte Resolution beschuldigt Kuba, die Menschenrechte zu verletzen, eine zweite, von Havanna zur Lage der Menschenrechte von ethnischen Minderheiten in Nordamerika eingebrachte, wurde abgelehnt.

Die vier Abstimmungen widerspiegeln dennoch, verglichen mit den letzten Jahren, eine merklich fallende Tendenz der Zustimmung zur



MENSCHENRECHTSKOMMISSION IN GENÈVE USA setzen weiterhin auf Druck

Politik, die Washington bei jedem einzelnen dieser Themen verfolgt.

Zu diesem Aspekt erklärte ein hoher Beamter des Außenministeriums gegenüber Granma Internacional, daß sich in der fünften Sitzungsperiode der Menschenrechtskommission "in der antikubanischen Offensive der US-Regierung ein Stillstand mit fallender Tendenz eingestellt hat".

Eumelio Caballero, Direktor für Multilaterale Angelegenheiten dieses Ministeriums präziserte, daß sich ebenso wie im Jahre 1994 die Mehrheit der Kommissionsmitglieder entschieden habe, die antikubanische Resolution über die Menschenrechte nicht zu unterstützen; "eine Tendenz," bekräftigte er, "die sich immer mehr verstärkt".

Wenn er von der "Mehrheit" redet, erklärte der kubanische Beamte, so meint er damit die Vertreter von 31 Staaten, die sich nicht mehr so einfach gegen Kuba stellten: Im

Falle der Resolution gegen Havanna stimmten von den 53 Mitgliedsländern 22 dafür, acht dagegen und 23 enthielten sich.

"Die Tendenz dieser Mehrheit, die progressiv wächst," bestätigt Caballero, "äußert sich in der Abwendung von Washington oder gar in Opposition. Im Jahre 1993 stimmten 27 für die nordamerikanische Resolution, 1994 waren es 24 und in diesem Jahr nur noch 22. Das heißt, die USA haben wieder zwei Stimmen verloren und damit insgesamt fünf in den letzten drei Jahren.

Der Direktor für Multilaterale Angelegenheiten beim MINREX kommentierte auch die Unfähigkeit Washingtons, die Annahme des kubanischen Antrags über die erneute Bestätigung des universell anerkannten Prinzips der Reisefreiheit und der Familienzusammenführung zu verhindern. Beide Prinzipien gelten für die in den USA lebenden

Mitglieder der Kubanischen Gemeinde nur mit Einschränkungen. Die Abstimmung ergab 27 Zustimmungen, neun Gegenstimmen und 17 Enthaltungen.

"Sämtliche lateinamerikanischen Länder stimmten für den Resolutionsentwurf," hob Caballero hervor, "nur die Dominikanische Republik enthielt sich der Stimme. Von den 15 afrikanischen Mitgliedern der Kommission stimmten elf dafür und zwei enthielten sich."

Caballero unterstrich, daß die Vereinigten Staaten von Amerika "ihre Politik des Drucks und der Erpressung" benutzten, um den kubanischen Entwurf über die Mißhandlung ethnischer Minderheiten in ihrem Territorium zu verhindern, Bericht "einer Situation, die der Sonderberichterstatler zu diesem Thema nach seiner Reise durch die USA umfassend kritisiert".

Internationale Nachrichtenagenturen melden, daß besagter Berichterstatter über gegenwärtige Formen der Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz, Glele Ahanhanzo, kritisiert habe, daß die Mehrheit der Schwarzen "zur Not, zur Krankheit, zum Analphabetentum, zur Droge und zum Verbrechen verurteilt" seien.

Hohe kubanische Beamte reagierten in jüngster Zeit auf die Resolution über die Kritik an den Menschenrechten in Kuba. Unter ihnen der kubanische Botschafter in Genf, José Pérez Novoa, der die Beeinflussung der Stimmberechtigten durch die USA kritisierte und die Position seiner Regierung erläuterte.

"Kubas Position", sagte er, "war immer klar, präzise und begründet in Bezug auf diese unmoralische Machenschaften der Vereinigten Staaten und ihrer Absichten, die sie seit 1991 unter Anwendung des brutalsten Drucks durchsetzen."

Danielle Mitterrand am Betreten des US-Senats gehindert

• WASHINGTON, (PL).-Hiesige Diplomatenkreise sind von der "unsagbaren Beleidigung" überrascht, die die Erste Dame Frankreichs, Danielle Mitterrand, über sich ergehen lassen mußte. Ihr wurde das Betreten des Senatsgebäudes verboten, weil sie nicht durch den Metalldetektor gehen konnte. Madame Mitterrand beabsichtigte, mit dem demokratischen Senator, Paul Simon, zusammenzutreffen, um ihn detailliert über die Lage der Kurden in der Türkei zu unterrichten.

Als sie in den Sicherheitshalbkreis gelangte, wurde Madame Mitterrand unhöflich aufgefordert, den Metalldetektor zu passieren, was für Personen, die wie sie einen

Herzschrittmacher haben, unmöglich ist.

Sogar an viel unsichereren Orten, wie Flugplätzen in Ländern des Nahen Ostens, werden Personen mit Schrittmachern von diesen Sicherheitsmaßnahmen ausgenommen und nur einer kurzen Leibesvisitation unterzogen.

Doch es reicht nicht aus, sie zu etwas gesundheitsgefährdendem zwingen zu wollen, "man ließ ihr auch keine Alternative. Sie mußte nach dieser groben Beleidigung letztendlich umkehren, ohne ihr Vorhaben ausführen zu können, wie aus einer Quelle der französischen Delegation verlautete.

Zeitung aus Kuba und Lateinamerika

Ja,
Ich bestelle

Granma
INTERNACIONAL

Für die Dauer von 1 Jahr (12 Ausgaben) 24 DM 6 Monaten (6 Ausgaben) 13 DM

Zahlungsweise gegen Rechnung per Bankeinzug

Anschrift Meine Bankverbindung

Name Geldinstitut

Str./Nr. BLZ

PLZ/Ort Konto

Datum/Unterschrift

Ich kann die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen (Poststempel zählt). Wird das Abo nicht bis 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes gekündigt, verlängert es sich automatisch um den gewählten Zeitraum.

2. Unterschrift
Coupon an: WVCO, Granma,
PF 66, 12414 Berlin

FELIX PITA ASTUDILLO - Granma

DIE 53,8 Milliarden Dollar Anleihe für Mexiko (US-Regierung, Federal Reserve Bank, IWF und Bank für internationalen Zahlungsausgleich) ist wahrscheinlich die größte Summe, die einem Land der unterentwickelten Welt auf einmal gewährt wurde.

Von Präsident Clinton aus abwärts machte niemand einen Hehl daraus, daß es sich um eine brandeilige Rettungsaktion des internationalen Kapitalismus handelte. Im Augenblick der Bekanntgabe des Megakredites hatte US-Staatssekretär Warren Christopher erklärt, daß Mexiko 48 Stunden vor der Zahlungsunfähigkeit stünde und die Zahlungen an seine ausländischen Gläubiger stoppen müsse.

Natürlich haben sie sich nicht so beeilt, nur um der mexikanischen Wirtschaft zu helfen, die, bei genauer Betrachtung, ja seit der Bildung des gemeinsamen Marktes ein Teil des US-amerikanischen Wirtschaftssystems ist. Auch anderen "Notstandsmärkten" in Lateinamerika und Asien, die durch den mexikanischen Kollaps erschüttert worden waren, sollte geholfen werden (Die Ziffer von 250 Milliarden US-Dollar, die allein 1994 in diese Märkte floß, vermittelt eine Vorstellung von der Bedeutung, die ihr Investoren beimessen).

Gleichzeitig ging es den USA darum, Mexiko als Markt für die eigenen Exporte zu retten (40 Milliarden US-Dollar 1994, an denen fast 800 000 Arbeitsplätze hängen). Für den Riesenstaat Texas geht es z.B. um 40 Prozent seines Auslandsmarktes.

Erweitert man die Analyse noch ein wenig, so wird deutlich, daß es für die USA, die Banken und die Kreditinstitute letztendlich darum ging, sich selbst zu retten. Ein zahlungsunfähiges Mexiko ist eine Bombe mit kurzer Lunte für seine Gläubiger, sowohl für Inhaber kurzfristiger Wertpapiere, als auch für die Besitzer von Obligationen und Aktien und selbst für den mexikanischen Schuldendienst, der nach Maßgabe des Brady-Plans umstrukturiert worden war.

Das waren mehr als genug Gründe für eine möglichst schnelle Stützung des krisengeschüttelten Images des neoliberalen Wirtschaftsmodells, das der Welt wie ein unverzichtbares Glaubensdogma aufgezwungen wird.

Viele Beobachter blicken jedoch besorgt auf das was nach dem Kredit geschehen wird, auf die Verstrickungen innerhalb und außerhalb Mexikos. Die meisten fragen sich, ob die große Summe ein wirksames Mittel sei, ob sie die Lösung darstelle, die im Falle eines Rückfalls wiederholbar wäre, ob die Kreditbedingungen das lateinamerikanische Bruderland retten oder es noch mehr belasten würden und ob die Gläubiger bereit seien, anderen kollapsgefährdeten Wirtschaften gegenüber ebenso zu verfahren.

Beginnen wir mit dem letzten Punkt, so zeigt die jüngste Praxis, daß die Gläubiger nicht bereit sind, eine Rettung, wie die Mexikos, in anderen Breitengraden zu wiederholen. Länder wie Rußland, so schwierig ihre Lage auch sein mag,



FINANZIELLES RETTUNGSMANÖVER IN MEXIKO

Retten Milliardenkredite die Dritte Welt?

konnten eine ähnliche Antwort nicht erwarten. Im Falle Mexikos scheinen die USA von der Idee geleitet zu werden, "das eigene Haus in Ordnung zu halten".

Diese bevorzugte Behandlung hat zumindest, soviel bekannt ist, in Washington und dem IWF zu Reibungen geführt. Erstens, weil der durch Clinton gewährte Kredit aus einem Fonds des US-Staatschatzes stammt, der für die Stabilisierung des Dollar und nicht die anderer Währungen bestimmt ist. Und zweitens, weil vom IWF eine gleichmäßige Verteilung seiner Hilfe auf alle Mitglieder erwartet wird. Im mexikanischen Fall (17,8 Milliarden US-Dollar) übersteigt sie jedoch die vorher genehmigte Quote um zehn Milliarden.

Hinsichtlich der Wirksamkeit der Megaanleihe meinen die meisten Analytiker, sie gestatte der mexikanischen Wirtschaft, wenn überhaupt, einen Seufzer der Erleichterung, denn sie sei damit in der Lage, sich zumindest ihren Verpflichtungen für 1995 zu stellen, die sich, unterschiedlichen Quellen zufolge, auf eine Summe zwischen 45 und 50 Milliarden belaufen sollen (unter Berücksichtigung des staatlichen und privaten Schuldendienstes).

Die künftigen Verpflichtungen sind noch nicht abzusehen. Der Megakredit allein bringt sehr hohe Kosten mit sich: wie die Zeitschrift *Proceso Económico* im Februar

schrrieb, wird Mexiko eine Schuldenlast tragen, die bis zu 8 Prozent seines Exportwertes ausmacht. Allein die Anleihe Clintons, zahlbar in einem Zeitraum zwischen drei und fünf Jahren mit einem Zinssatz von 12 Prozent, kostet jährlich die Kleinigkeit von 2,4 Milliarden US-Dollar an Zinsen.

Logischerweise kommt die Last der neuen Schulden zu der ohnehin schon sehr hohen Auslandsverschuldung Mexikos hinzu. Unterschiedlichen Quellen zufolge bewegt sich diese zwischen 150 und 180 Milliarden US-Dollar. Damit ist Mexiko 1995 auf jeden Fall der größte lateinamerikanische Schuldner.

Die IWF-Ideologen haben sehr rigide Pläne als Empfehlung für Mexiko erarbeitet. Wichtigstes Ziel ist dabei, die Exporte um 25 Prozent zu erhöhen (indem man den relativen Vorteil durch den abgewerteten Peso ausnutzt) und die Importe zu senken, so daß das Defizit der laufenden Rechnungen 1995 auf die Hälfte reduziert werden kann.

Um dies zu erreichen sei in diesem Jahr die durchschnittliche Inflationsrate auf 19 Prozent zu begrenzen, was wiederum maximale Lohnerhöhungen von 7 Prozent voraussetzt. Auf diese Weise werden die sozialen Kosten der Sanierung der großen Mehrheit aufgebürdet. Nach dieser "idealen" Formel würde das mexikanische Bruttosozialprodukt 1995 um ein-

einhalb und 1996 um vier Prozent ansteigen.

Institute, wie das mexikanische CIEMEX, meinen dagegen, daß Mexiko unvermeidlich einer Rezession entgegengehe, mit negativen Wachstumsraten in den Jahren 1995 und 1996, um dann 1997 wieder einen diskreten Anstieg aufzuweisen.

Der IWF, die ausländischen Investoren und die US-Regierung fördern andererseits die Beschleunigung der Privatisierungspolitik in Mexiko mit dem Ziel der Beschaffung von Geldern ..., damit der Schuldner seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Niemand von ihnen spricht davon, die produktiven Kapazitäten Mexikos zu entwickeln. Es geht nur darum, wie noch mehr aus dem Land herauszuholen ist.

Nun ist es aber so, daß das Bruderland nur noch wenig zu privatisieren hat, abgesehen von den so genannten strategischen Bereichen, vor allem dem Erdöl. Und auf diese heiß begehrten Objekte - gleichzeitig Garanten der Souveränität Mexikos - hat das ausländische Kapital seinen Blick geworfen.

Ihre Sprecher sagen, ohne die Privatisierung des mexikanischen Erdöls sei es diesem Land unmöglich, seine Schulden zu reduzieren. Nur so könne Mexiko vorwärts kommen.

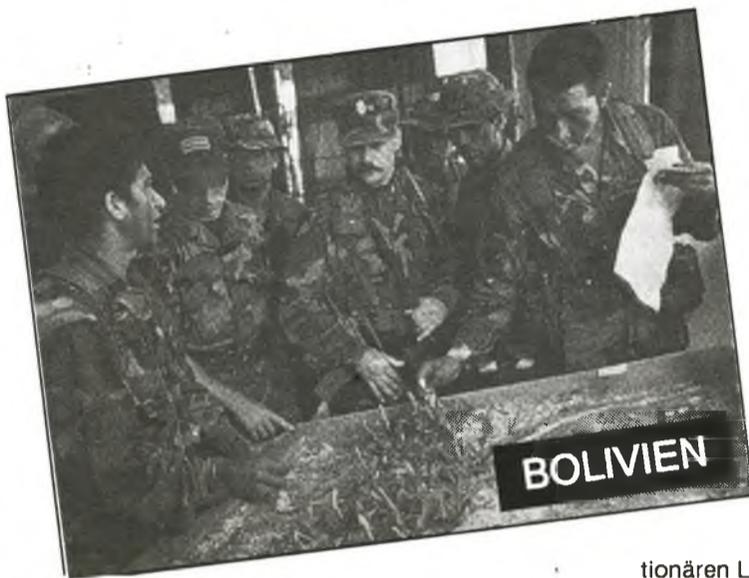
Der Vorschlag ist schamlos und charakterisiert voll und ganz die Blutsauger, die Mexiko jahrelang durch hohe Zinsen Kapital entzogen haben. In einem so schweren Augenblick denken sie nicht an ihre Pflicht, sondern knechten Mexiko, um sich ebenfalls seiner Energiequellen zu bemächtigen. Nur in einem Punkt haben sie recht: die finanzielle Rettungsaktion selbst trägt nicht dazu bei, die Krise zu überwinden.

Aber es gibt andere Wege, Krisen zu begegnen. Wege, die sie nicht erwähnen.

Es sind dies die Wege, die den Bruch des Jochs anstreben, eine bessere Verteilung des Reichtums und die einen Beweis des politischen Willens für eine gerechtere Gesellschaft liefern. Das aber steht nicht im Programm des Imperiums.



Flugzeugträger der Ignoranz drohen erneut



CINO COLINA

Granma Internacional

• ES ist beinahe Tradition, daß US-Politikern bei ihren Auftritten Ausrutscher bezüglich der Geographie unterlaufen. Das verwundert auch nicht, wenn man bedenkt, daß bei akademischen Tests an der Universität von Miami die meisten Studenten nicht mal die Stadt in der sie wohnen auf der Landkarte lokalisieren konnten.

Trotzdem, an der Erklärung des Parlamentariers von Indiana, Dan Burton, der vorschlägt, "einen Flugzeugträger" an die nicht existierenden Küste Boliviens zu entsenden, beunruhigt weniger die Ignoranz, als vielmehr die Invasionsdrohung, die damit verbunden ist. Der bolivianische Abgeordnete Tito Hoz warnt denn auch: "Die Ignoranz ist dreist".

In seinem Wahn, den Anbau von Koka vollständig auszurotten (als sei dies die endgültige Lösung für das Suchtproblem in den USA), fordert Burton lauthals die Entführung kolumbianischer Drogenhändler und das Abrennen der Kokafelder in den Haupterzeugerländern Bolivien und Peru, bis hin zu ihrer totalen Vernichtung. Gleichzeitig beweist er damit seine Ignoranz gegenüber den elementarsten Normen des internationalen Rechtes sowie der Erhaltung der Umwelt.

"In Geist und Inhalt stellen sie (die Vorschläge) eine Beleidigung der lateinamerikanischen Staatengemeinschaft dar", erklärte der stellvertretende bolivianische Außenminister Eduardo Trigo. Er fügte hinzu, daß "sie gegen alle grundlegenden Prinzipien des internationalen Rechtes gerichtet sind". In die gleiche Richtung gehen auch die Äußerungen des Präsidenten des kolumbianischen Kongresses, der die Wahnvorstellungen des Abgeordneten aus Indiana als "imperiales Delirium" bezeichnete.

Doch das Thema ist ernst zu nehmen. Spätestens, seit die Vereinigten Staaten Bolivien zusammen mit anderen sieben Ländern (Kolumbien, Peru, Paraguay, Mexiko, Costa Rica, Guatemala und Haiti) auf eine schwarze Liste gesetzt haben. Gründe dafür sind diverse Probleme, wie der Drogenhandel, das Arbeitsrecht, Enteignungen, das Finanzgebaren und sogar die Ernennung von Polizisten ohne vorherige Absprache mit Washington.

Vor allem Bolivien, Kolumbien, Paraguay und Peru erhielten von der US-Regierung ein vorläufiges Zeugnis mit schlechten Noten im

Fach "Krieg gegen den Rauschgift-handel". Im Klartext heißt das nichts anderes, als daß sie im Moment noch nicht mit Sanktionen belegt werden, aber der ständigen Drohung einer konsequenten Bestrafung ausgesetzt sind.

Für Bolivien bedeutet das, es läuft Gefahr, zugesagte Kredite in Höhe von fast 40 Millionen Dollar zu verlieren, weil das State Department über die Nichterfüllung seiner Forderung nach Reduzierung der Anbaufläche von Koka von 48.000 auf 12.000 Hektar unzufrieden ist. Seit 1991 wurden nur 16.000 Hektar der Kokapflanzungen zerstört, die die Vereinigten Staaten von der Landkarte streichen wollen. Grund dafür sind die starken Proteste der 70.000 einheimischen Bauernfamilien, deren Lebensunterhalt von dieser uralten Kultur abhängt.

Der bolivianische Präsident, Gonzalo Sánchez de Lozada, unterstrich, daß es eine "große Ungerechtigkeit" sei, wenn die USA seinem Land den Willen oder die Fähigkeit abspreche, gegen das Drogenproblem zu kämpfen. Er wandte sich an die Weltöffentlichkeit um ihre Aufmerksamkeit auf die "dramatischen" Konsequenzen aufmerksam zu machen, die eine Weigerung der Kreditvergabe für die schwache Wirtschaft des Landes habe, das als eines der ärmsten Lateinamerikas gilt.

In den vergangenen Tagen konnte Bolivien es erreichen, daß Washington seine finanziellen

Hilfen zum Ausgleich der Zahlungsbilanz aufrechterhält. Allerdings mußte man sich dafür verpflichten, bis zum 30. Juni 750 Hektar Koka zu vernichten und einen Auslieferungsvertrag zu unterzeichnen, wie der Minister Carlos Sánchez Berzain gegenüber Reuter äußerte. Die Nichterfüllung dieser Bedingungen bewirkt eine sofortige Aussetzung der wirtschaftlichen Hilfe (mit Ausnahme der humanitären) sowie eine Blockade der Kredite sämtlicher multilateraler Institutionen.

Der seit dem ersten April dieses Jahres gültige Plan sieht die Ausrottung der Kokapflanzungen für eine Zahlung von 2.500 Dollar je Hektar vor. Man erwartet, daß bis zum 31. Dezember 600 Hektar monatlich vernichtet werden. Der Plan der Reduzierung ist nach den Worten von Sánchez Berzain zwar freiwillig, allerdings kann Gewaltanwendung bei der Aktion nicht ausgeschlossen werden, was wiederum das Aufkeimen von Ausschreitungen durch die betroffenen Bauern mit sich bringen kann.

Seit dem vergangenen Februar hat die bolivianische Drogenpolizei 276 Einsätze durchgeführt, d.h. etwa 17 pro Tag mit durchschnittlich sieben Verhaftungen wegen Vergehen gegen die Gesundheit, meldet NOTIMEX. Außerdem wurden bis zum 31. März 105 Personen wegen des Verdachts auf Drogenherstellung festgenommen, 127 illegale Labors zur Verarbeitung des Grundstoffes von Kokain ausgeho-

ben. Weiterhin wurden 628 Kilogramm Drogen, 30 Tonnen Hilfschemikalien und fünf Tonnen illegaler Koka verbrannt sowie 100 Beizgruben zerstört.

Nach Informationen aus La Paz wird ein Vertragsentwurf der USA, der die Aufhebung des Bankgeheimnisses zur Verhinderung von Geldwäsche zum Ziel hat, sehr reserviert bewertet. Mario Rueda, Abgeordneter der Bewegung der Revolu-

tionären Linken, erklärte gegenüber NOTIMEX, daß dieser Vorschlag für die Banken "sehr harte Bedingungen stellt". Er könne eine Flucht von Konteninhabern nach sich ziehen, die befürchten, wegen Drogenhandels angeklagt zu werden.

Parallel zu den Geschehnissen in Bolivien wachsen die Spannungen in Kolumbien im Zusammenhang mit Plänen über drastische wirtschaftlich-militärische Repressalien, die im nordamerikanischen Abgeordnetenhaus im Rahmen eines antikolumbianischen Klimas diskutiert werden. Diese Stimmungen werden von Senator Jesse Helms durch seine Erklärungen geschürt, die bis hin zu Verleumdungen gehen, Präsident Ernesto Samper stehe in Beziehung zur Drogenmafia.

Sergio Medinacelli, Präsident der Kommission zur Bekämpfung des Drogenhandels des Repräsentantenhauses der USA, wies seinerseits den Vorschlag zurück, den die vier Präsidenten der an den Pranger gestellten Länder unterbreiteten, in diesem Jahr einen Drogengipfel abzuhalten. Dies sei "eine zu unflexible Haltung zur Erfüllung der Pläne der Kokavernichtung".

Auch wenn es für die USA unmöglich ist, Flugzeugträger vor der bolivianischen Küste zu stationieren, so kann doch ihre Ignoranz unvorhergesehene Folgen haben. Vor allem in einer Zeit, in der ihr Druck auf Lateinamerika zunimmt, um von den eigenen inneren Schwierigkeiten abzulenken und in der sie wieder mit dem "Big Stick" der Hegemonie drohen.

KOKA IST NICHT KOKAIN

• WENN die Kokapflanze auch bereits vor unserer Zeitrechnung genutzt wurde, trägt sie seit 1949 das Kainsmal und wird gnadenlos bekämpft, was besonders für die Bauern schmerzhaft ist, die vom Koka-Anbau leben.

Das "aculli" oder Kauen des Blattes der *erythroxylua coca* ist für die bolivianischen Bauern so normal wie der Tee für die Briten oder das Bier für die Deutschen. Traditionsgemäß wird dem Blatt ein großer kultureller, sozialer und ritueller Wert eingeräumt. Sein Genuß ist völlig harmlos und dient sogar als Medizin, beispielsweise

gegen "Soroche", die Atembeschwerden im Hochgebirge.

Als Bestandteil findet man Koka in Medikamenten, chemischen Substanzen und sogar in Zahnpflegemitteln. Es ist ebenfalls in der Geheimformel für Coca-Cola enthalten und hat dem Getränk zum Teil seinen Namen gegeben. Das Kokain jedoch, so sagen die Bolivianer, ist eine dem Koka fremde, nicht arteigene Substanz. Es wurde 1860 von einem australischen Chemiker aus Koka synthetisiert.

Seit Jahren entwickelt Bolivien die sogenannte "Koka-Diploma-

tie", um die vielfältigen Verwendungsarten der Kokapflanze zu verdeutlichen und deren Nutzung zu legalisieren. Ein altes darauf bezogenes Gesuch an die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist positiv beantwortet worden, ansonsten aber ohne Konsequenzen geblieben. Die Bolivianer sagen, daß Koka soviel mit Kokain zu tun hat, wie die Traube mit dem Wein ... Vernichtet man vielleicht die Weinberge, um den Alkoholismus zu bekämpfen?

• C.C.



Unser Amerika



ARGENTINIEN

Das Gespenst der Vermißten

ANTONIO PANEQUE
- Granma Internacional

• DIE ungeklärten Verbrechen aus der Zeit der argentinischen Militärdiktatur (1976-1982) erschüttern noch immer das nationale Bewußtsein wie ruhelose Gespenster einer Epoche, deren schuldbeladene Erinnerun-

Ehrung für Bush

TEXT UND FOTO VON ORLANDO
ORAMAS LEÓN - Granma

• DER ehemalige Präsident der USA stattete Nicaragua vor kurzem einen "Freundschaftsbesuch" ab. Er war der höchste Gast der Präsidentin Violeta Barrios zu den offiziellen Feierlichkeiten anlässlich des fünfnten Jahrestages des Wahlsieges über die Sandinisten (kein Kommentar).

Bush nahm in Managua ebenfalls an der Einweihung eines Projektes zum Wohle der Kinder teil (beschämend). Natürlich hatte er das verdient, war er doch ein "entscheidender Faktor für den Frieden in Nicaragua", wie es Doña Violeta in ihrer Rede auf der Feier nannte, während der er (ironischer- und paradoxerweise) mit dem Großen Kreuz des Ordens "José Dolores Estrada der Schlacht von San Jacinto", der höchsten Auszeichnung, die die Regierung Nicaraguas nationalen und ausländischen Prominenten verleiht, ausgezeichnet wurde.

Und nun das Schönste. Diese Auszeichnung, die herausragende internationale Persönlichkeiten tragen, erinnert an die Schlacht, bei der US-amerikanische Söldner von dem Lokalhelden, der sich gegen die Yankee-Intervention erhoben hatte, 1856 besiegt worden waren.

Und genau deshalb hat sie an Herrn Bush's Brust nichts zu suchen. Es sei denn, man wolle den großzügigen Beitrag seiner Regierung an der Finanzierung der Wahlkampagne der damaligen Nationalen Vereinigung der Opposition anerkennen, von der die jetzige Präsidentin als

gen in der fast ständig vor Wut zitternden Gesellschaft der 35 Millionen Einwohner anzudauern scheinen.

In einflussreichen Kreisen festigt sich mehr und mehr die Überzeugung, daß eine Rechtsprechung nunmehr möglich sei. Diese Sektoren verlangen von der Regierung die Veröffentlichung der Namenslisten der dreißigtausend Vermißten, die von wirklichen Regimegegnern bis zu zwei sanftmütigen französischen Nonnen reichen, deren Klosterleben wahrscheinlich in unterirdischen Kerkern zu Ende ging.

Hohe Regierungsstellen hüllen sich entweder weiterhin in Schweigen, oder verneinen nach wie vor die Existenz dieser umstrittenen Listen, die jedoch von humanitären Organisationen und kürzlich von mindestens zwei ehemaligen Offizieren aus dieser tragischen Zeit bestätigt worden war. Einer von ihnen gab zu, daran beteiligt gewesen zu sein, Opfer aus Flugzeugen ins Meer gestürzt zu haben.

Der argentinische Präsident, Carlos Menem, äußerte sich zu den Listen dahingehend, daß "die Regierung sie umgehend der Bundeskammer übergeben würde, wenn sie in ihrem Besitz wären." Die Provinzvertretung hatte die Listen ebenfalls eingefordert.

Inzwischen unterstützen die Forderung nach der Herausgabe der vermeintlichen Beweise für die begangenen Verbrechen tatsächlich schon

nicht mehr nur die betroffenen Gruppen, wie beispielsweise die "Mütter der Plaza de Mayo", die darauf bestehen, daß sowohl die Namen der Mörder als auch die der Ermordeten veröffentlicht werden.

Ein Bundesgericht in Buenos Aires verlangte vom Staatspräsidenten, die Listen zu veröffentlichen. Diese Forderung wird seit Jahren von lokalen Menschenrechtsgruppen erhoben. Justizminister, Rodolfo Barra, erklärte hingegen, die Regierung "werde die Frage untersuchen".

Inmitten dieser turbulenten Angelegenheit, in der sowohl Personen als auch die Akten verschwinden, die wahrscheinlich die Fakten beinhalten, bekam in letzter Zeit das Thema der "Mütter der Plaza de Mayo" neues Gewicht. Ihrer Vorsitzenden, Hebe de Bonafini, wurde in einem Telefonanruf mit dem Tode gedroht.

Im gleichen Augenblick - welch zufällige metaphorische Koinzidenz - indem sich all dies abspielt, gab der Oberste Gerichtshof folgendes Urteil bekannt:

Es sei aus "schwerwiegenden institutionellen Gründen" und "ohne neue Verzögerungen" die Auslieferung des ehemaligen SS-Hauptmanns Erich Priebke (82 Jahre) zu vollziehen. Priebke steht unter der Anklage, im Zweiten Weltkrieg 335 Italiener bei den Gräben an der Adria ermordet zu haben. Die Regierungen Israels, der USA und Italiens hatten das ständig hinausgezögerte Auslieferungsverfahren kritisiert.



NICARAGUA



Kandidatin zu den Präsidentschaftswahlen aufgestellt worden war.

Es ist Gegenwartsgeschichte, daß George Bush, zuerst als Vizepräsident der Administration Ronald Reagan und später als offizieller Bewohner des Weißen Hauses, den schmutzigen Krieg gegen Nicaragua vorantrieb und unterstützte, der mit Isolierungs- und Blockademaßnahmen begann und bis zur Aufstellung, Ausrüstung und Finanzierung der konterrevolutionären Banden reichte.

Hinter den blutigen Überfällen auf Bauerngenossenschaften und Dörfer, den Entführungen und Morden im Norden des Landes, den tausenden Verletzten, Invaliden und Waisenkindern, die es nach dem Krieg gab, war die Hand Bush's, die Hand desjenigen, der jetzt halb im Geheimen durch Managua flanierte und sich als Wohltäter der Kinder dieses Landes aufspielte.

Es ist schon mehr als Ironie und deshalb bringt die Tageszeitung Barricada den Aufmacher: "Bush: vom Banditen zum Helden". Die Zeitung der Sandinistischen Front bezeichnet den Besuch als beschämend und erinnert an die lange Geschichte von Tod und Zerstörung im Lande Sandinos.

Nicht umsonst waren bei seiner Abreise eine Gruppe von Müttern vertreten, die ihre Söhne in dem sogenannten Krieg geringer Intensität verloren hatten. Sie verabschiedeten den Ordensträger Bush auf dem Flughafen, der den Namen des nicaraguanischen Helden Sandino trägt, mit Plakaten und Rufen, die ihn als Mörder anprangerten.

Es ist dem nichts mehr hinzuzufügen. Nur noch obiges Foto, das aus meiner Zeit als Korrespondent in Nicaragua stammt. Aus den Tagen, als Bush sich Verdienste als "Friedensstifter" für diese leidende Nation Zentralamerikas erwarb.



BRASIL

Gemeinsame Front gegen das Wirtschaftsprogramm der Regierung

FRANCISCO FORTEZA
- Granma

• RIO DE JANEIRO, (PL). - Eine Übereinkunft der wichtigsten Oppositionsführer Brasiliens wird als bedeutender Schritt zu einer gemeinsamen Front gegen die von der Regierung vorgesehenen Verfassungsreformen gewertet.

Luis Inacio da Silva (Lula) von der Partei der Arbeiter und Leonel Brizola von der Demokratischen Arbeiterpartei gaben die Entscheidung bekannt, eine gemeinsame Front gegen die Änderungsentwürfe, die den Volksinteressen schaden würden, zu gründen.

Beide Politiker waren bei den Wahlen im letzten Oktober Gegner des Präsidenten Fernando Henrique Cardoso. In ihren Kampagnen legten sie Alternativen zum Programm des gegenwärtigen Staatsoberhauptes vor, welches sie als neoliberal bewerteten.

Lula bezeichnete die vom sozialdemokratischen Mandatsträger Cardosos vorgeschlagenen Änderungen als Geschenk an seine Verbündeten. Brizola bemerkte dazu, sie seien eine Unbesonnenheit, die das Land in die gleiche Krisensituation wie Mexiko führe.

Bis jetzt legte die Regierung dem Kongreß zwei Maßnahmenpakete zur Abstimmung vor. Das bedeutendste ist das Wirtschaftspaket. Es verfolgt das Ziel, das Land für nationales und ausländisches Privatkapital weiter zu öffnen.

Hauptkritikpunkt ist der Versuch, das sogenannte Monopol staatlicher Unternehmen in den Bereichen Erdöl und Telekommunikation abzuschaffen, indem man dort private Investitionen zuläßt.

Es ist jedoch der zweite, sich auf die soziale Sicherung beziehende Aktionsplan, der vor allem den Widerstand der Gewerkschaften und Linksparteien auf den Plan ruft. Er werde, so die Kritik, letztendlich die bereits tief gesunkene Kaufkraft des ärmsten Teils der Bevölkerung noch weiter schwächen.

ELOY RODRÍGUEZ - Granma
Internacional / FOTOS: AHMED
VELAZQUEZ

● PATRICIA wollte ihre Mutter in Santiago de Cuba besuchen. Sie hatte eine Fahrkarte für einen der wenigen Züge bekommen, die wöchentlich in diese Provinz fahren.

Morgens um halb fünf wartete sie bereits auf den Bus, der sie zu dem 8-Uhr-Zug bringen sollte.

Zweieinhalb Stunden später schlug ihr das Herz bis zum Hals. Endlich kam der Bus und atemlos gelangte sie eine Viertelstunde vor Abfahrt des Zuges an.

Patricia war froh. "Ich habe noch Glück gehabt", gratulierte sie sich selbst.

Jeden Morgen begegnen Millionen Kubaner einem der vielen Gesichter der Wirtschaftskrise, unter der Kuba seit dem Wegfall seiner wichtigsten Märkte in Osteuropa leidet.

Der öffentliche Nahverkehr bereitet den Behörden starke Kopfschmerzen und ist Schauplatz einer ständigen Gratwanderung, um mit Mühe und Not dem Kollaps zu entgehen. Er ist im Vergleich zur Situation von vor sieben Jahren um über die Hälfte reduziert.

Havanna ist mit mehr als zwei Millionen Einwohnern die bevölkerungsreichste Stadt des Landes und darum am stärksten betroffen. Vor der *período especial* bewältigten hier 2.500 Omnibusse täglich 30.000 Fahrten und beförderten durchschnittlich 4,3 Millionen Fahrgäste am Tag. Dazu kamen noch 1.500 Taxis.

Damals erlaubte sich das Land, für diesen Sektor 30 Millionen Peso im Jahr auszugeben.

Der RGW zerfiel, die ehemaligen sozialistischen Länder kündigten ihre Verträge für Zusammenarbeit auf, und Ungarn, dessen Ikarus-Werk Kuba mit Stadtomnibussen versorgte, stellte die Produktion dieses Typs ein und verdreifachte den Preis für die Teile seiner Lagerbestände.

Mit der *guagua*, wie der Bus in Kuba genannt wird, fahren zu müssen, war nie eine Freude. Doch die Lage verschlechterte sich derartig, daß ein Humorist sie mit dem Kampf des Heiligen Georgs gegen den Drachen verglich.

800.000 Menschen fahren in Havanna täglich mit dem Omnibus. Das ist überhaupt nur möglich, weil gleichzeitig weitere 700.000 mit dem Rad fahren.

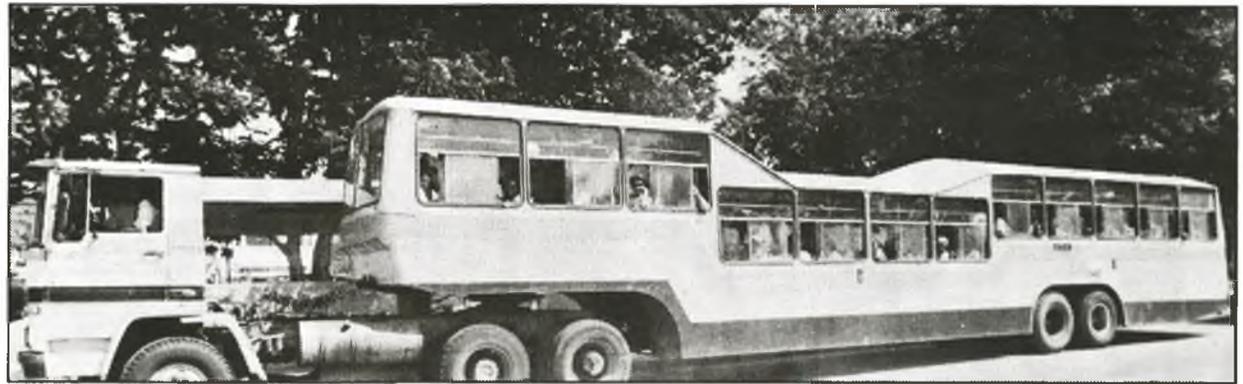
Nach Pedro Castiñero, dem Verantwortlichen für den öffentlichen Nahverkehr in Havanna, zählt der Fahrzeugpark 997 Busse. Davon sind aber nur 350 im Einsatz. Sie bewältigen durchschnittlich 6.500 Fahrten täglich. Von 844 verfügbaren Taxis fahren nicht ganz 600.

Der Rest der Fahrzeuge, so sagt er, liegen still, weil es an Ersatzteilen fehlt, besonders an Reifen.

Um die Situation etwas zu entspannen haben die Ingenieure ihrer Phantasie freien Lauf gelassen. Dabei sind ausgefallene Konstruktionen mit unglaublichen Namen herausgekommen, die eine Höchstzahl von Fahrgästen transportieren können.

Der letzte Schrei des Verkehrsministeriums sind Superbusse, die von der Bevölkerung Kamele genannt werden.

In jedem der 112 Exemplare, die bis jetzt die Montagewerkstätten



ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR IN HAVANNA

Eine tägliche Herausforderung



Das ist nicht Peking und auch nicht Hong Kong: In Havanna ziehen es Hunderttausende vor, mit dem Fahrrad zu fahren. Für das Nahverkehrssystem ist das eine große Entlastung

verlassen haben, finden bis zu 250 Personen Platz. Die Superbusse sollen das Rückgrat des neuen Systems bilden, das 60 Prozent des gegenwärtigen Bedarfs auf den wichtigsten Strecken der Stadt (zur Zeit sind es 47 Prozent) abdeckt.

Die restlichen Fahrten sollen mit den 108 für kurze Strecken zur Verfügung stehenden Linien, oder mit dem Fahrrad abgewickelt werden.

"Ich weiß nicht, ob das greift" - zweifelt ein bärtiger Busfahrer, der schon mehrere Jahre im Dienst ist - "auf der einen Seite muß man die vielen Wartenden sehen, auf der anderen Seite gibt es das Problem der Ersatzteile, wenn Busse repariert werden müssen."

Und so ist es tatsächlich. Nach dem Mangel an Bussen selbst sind die Ersatzteile eine weitere Achillesferse.

In einem der 24 Busdepots der Hauptstadt sprach der Verwalter Nelson Alvarez von dem enormen Einfallsreichtum, den seine Mechaniker aufwenden, um einen Teil seiner 26 Omnibusse fahrbereit zu halten.

Die "Kamele" bilden das Rückgrat der neuen Verkehrskonzeption in der Hauptstadt. Sie sind die neueste Erfindung der kubanischen Ingenieure



Bilder wie diese gehörten bis vor kurzem zum Alltag in Havanna. Mit dem Einsatz von Kontrolleuren, die den Ein- und Ausstieg der Passagiere regeln, gehören solche Impressionen jetzt der Vergangenheit an

"Die holländischen DAF, die wir haben, sind ausgezeichnet, aber sie sind schon über zehn Jahre im Gebrauch. Unter der starken Belastung, der sie bei uns ausgesetzt sind, müssen sie ständig repariert werden."

"Wir haben zum Teil fremde Kolben, Getriebe, Kühler und sogar Scheibenwischer aus Acryl eingebaut, um wenigstens einige funktionsfähig zu halten, mehr ist nicht möglich. Es fehlt einfach die materiell-technische Unterstützung."

DANK DER SOLIDARITÄT ...

Als Solidaritätsgruppen vor einigen Jahren von der schwierigen Situation des Nahverkehrs erfuhren, spendeten sie Busse. Das konnte das Problem zwar nicht lösen, brachte aber wenigstens etwas Erleichterung.

"Auch wenn die Busspenden etwas zurückgegangen sind, so sind sie doch eine große Hilfe", sagte Castiñero. "Beispielsweise lag das Depot im Cotorro (im Süden der Stadt) still. Kürzlich konnte es die Arbeit mit 15 Bussen, die aus Spanien kamen, wieder aufnehmen."

In Havanna gibt es derzeit acht Busdepots, die nur aufgrund der Busse, die aus Solidaritätsspenden stammen, arbeiten können.

Insgesamt sind 199 solcher Busse vorhanden, von denen 100 im Einsatz sind. "Es sind Gebrauchtbusse, manchmal sind sie nicht in bestem Zustand, so daß auch hier das Problem der Ersatzteile besteht."

NOCH EINMAL DIE BLOCKADE

Von der Politik der Handelsblockade, die nach Angaben der kubanischen Behörden in den verschiedensten Wirtschaftsbereichen insgesamt einen Verlust von 43 Milliarden Dollar bewirkt hat, bleibt auch der Nahverkehr nicht verschont.

Die Auswirkungen sind unterschiedlicher Natur. Erhöhte Preise bei Anbietern, die sich trotz allem trauen an uns zu verkaufen; Weigerungen mit uns Geschäfte zu machen, aus Angst vor möglichen wirtschaftlichen Repressalien oder einfach das Scheitern von Geschäften, über die man sich schon handelseinig war.

So wollte Kuba z.B. im vergangenen Jahr 200 General Motors Busse in Kanada kaufen. Diese sollten dort durch neue Modelle ersetzt werden. Als die Information über den Vertragsabschluß bekannt wurde, boten "Interessenten" aus den Vereinigten Staaten den Kanadiern einen Preis, den die Insel niemals hätte bezahlen können, und bekamen die Busse.

"Ich bin immer noch überrascht, daß wir die Sattelschlepper der Marke International bekommen konnten, um die Superbusse zu bauen", sagt Castiñero, der es vorzieht, nicht über weitere geplante Käufe durch sein Ministerium zu sprechen, um "die Pferde nicht scheu zu machen".

Solange die Blockade sich jedoch bemüht, die Kubaner noch öfter zu Fuß gehen zu lassen, wappnen sich jeden Morgen Millionen heilige Georgs zum Kampf mit dem Drachen, der noch nicht ans Sterben denkt.